

## 210. Sitzung des Grossen Gemeinderates

21. Juni 2010, 19:00 Uhr, Gemeindesaal Lötschberg, Spiez

Vorsitz	Paul Müller, GGR-Präsident
Anwesende Mitglieder	<p>EDU Barbara Gradwell</p> <p>EVP Godi Bärtschi Andreas Bürki Anna Fink Markus Kiener Markus Wenger</p> <p>FDP Urs Gurtner Ernst Hautle Daniel Lanz Monika Lanz</p> <p>FS René Barben Martin Fink Pia Hutzli Theres Indermühle</p> <p>GS Dani Brügger Bastian Christen Nadja Keiser Philipp Zimmermann</p> <p>SP Eliane Baumann Peter Beyeler Irma Grandjean Bernhard Hauck Walter Holderegger Albert Trummer Ursula Zybach</p> <p>SVP Kurt von Känel Peter Kislig Peter Luginbühl Urs Maibach Paul Müller Marianne Roe Jürg Staudenmann Rudolf Thomann</p>
Anwesend zu Beginn	33 Mitglieder; der Rat ist beschlussfähig
Vertreter Jugendrat	Sven Mosimann (entschuldigt)
Sekretär	Konrad Sigrist

Protokollführer	Adrian Zürcher	
Presse	Svend Peternell Jürg Spielmann Anna Ryter	Berner Oberländer / Thuner Tagblatt Radio BeO
ZuhörerInnen	8 Personen	
Vertreter Gemeinderat	Franz Arnold Klaus Brenzikofer Jolanda Brunner Ursula Erni Kurt Frei Christoph Hürlimann Stefan Kocherhans	SP SVP SVP EVP SP FS FDP
Abteilungsleiter	Daniel Bock, Leiter Soziale Dienste Stefan Christen, Finanzverwalter Heinz von Gunten, Bauverwalter Renato Heiniger, Polizeiinspektor Ernst Mäder, Steuerverwalter/EDV-Verantwortlicher Ernst Steffen, Leiter AHV-Zweigstelle	
Entschuldigt	Reto Gerber (Ferien) Philipp Giesser (krank) Susanne Kaiser	FDP FDP SP

## ERÖFFNUNG

**Der Vorsitzende** begrüsst die Mitglieder beider Räte, die Vertreter der Medien, die Abteilungsleiter, den Sekretär, den Protokollführer, sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer zur 210. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Spiez.

Anlässlich der Volksabstimmungen vom 13. Juni 2010 wurden in Spiez folgende Resultate erzielt:

- Übertragung der Aufgaben der AHV-Zweigstelle Spiez an die AHV Zweigstelle Thun:  
mit 1345 Ja : 757 Nein angenommen.
- Einführung Regionalkonferenz Thun-Oberland West:  
mit 1'343 Ja : 713 Nein in Spiez angenommen. Das Geschäft wurde jedoch abgelehnt, da die Mehrheit der Gemeinden gegen dieses Geschäft entschieden hat.

Wir Alle verstehen viel von Fussball. Deshalb lässt er alle Urteile gelten. Als langjähriger aktiver Fussballspieler hatte er grosse Freude am Sieg über Spanien, welcher mit einer grossen Willensleistung errungen wurde. Heute Nachmittag haben die Schweizer nochmals hart gearbeitet, mussten aber zum Teil gegen 12 Mann spielen und es hat eine Niederlage abgesetzt. In der 75. Minute kam das 1 : 0 zu Stande und eine Minute vor Schluss hätte die Schweiz ausgleichen können. Nun bleibt noch das dritte Spiel gegen Honduras. Wir wünschen den Schweizern viel Glück. Im übrigen hat der FC Spiez den Kantonalcup 9 : 0 gewonnen.

## Traktandenliste

110. Protokoll der Sitzung vom 26. April 2010
111. Finanzkommission / Ersatznomination SVP
112. Jahresbericht 2009
113. Jahresrechnung 2009
114. Schulanlage Längenstein / Sanierung Gebäude A, Verpflichtungskredit von Fr. 1'280'000.00
115. Gemeindeparzellen-Nrn. 566/490, Gwattstutz / Verkauf
116. Allmendweg / Ausbau Sauberwasserkanalisation, Kreditabrechnung
117. Trennsystem Bürgquartier / 1. Etappe, Kreditabrechnung
118. Informationen des Gemeindepräsidenten
119. Uferweg Einigen / EA M. Roe-Zurbuchen (SVP)
120. Wärmeverbund Spiez / EA W. Holderegger (SP)
121. Geschäftsbeziehungen zu Grossbanken / EA Ph. Zimmermann (GS)
122. Regionalkonferenz Thun-Oberland West / EA Th. Indermühle (FS)
123. Kultur Legi Spiez / EA A. Bürki (EVP)
124. Informationskonzept / EA R. Barben (FS)
125. Finanzierung Seebuslinie / Motion FDP Fraktion (U. Gurtner)
126. Nachhaltiger Wärmeverbund Spiez / Motion GS-Fraktion (N. Keiser)
127. Überprüfung Gebührenverordnung GZL / Motion SVP Fraktion (U. Maibach)

## V e r h a n d l u n g e n

### 110 13 Protokoll

#### Protokoll der Sitzung vom 26. April 2010

Das Protokoll wird genehmigt.

### 111 1.500 Kommissionen

#### Finanzkommission / Ersatznomination SVP

##### Beschluss

Als neues Mitglied der Finanzkommission wählt der Grosse Gemeinderat

- gestützt auf Art. 42 c) der Gemeindeordnung
- auf Vorschlag des SVP

Herr **Sven Rindlisbacher**, geb. 1965, Gärtnermeister, Interlakenstrasse 47, 3705 Faulensee; der Amtsantritt erfolgt per 1. Juli 2010; die Amtsdauer endet am 31. März 2013.

### 112 1.131 Verwaltungsbericht Gemeinde Jahresbericht 2009

#### Ausführungen des Gemeinderates

Seitens des Gemeinderates werden keine Ergänzungen angebracht.

## Stellungnahme der GPK

**Andreas Bürki:** Der Jahresbericht 2009 beinhaltet weitestgehend das, was wir früher unter dem Titel „Verwaltungsbericht“ zur Kenntnis erhalten haben. Nach wie vor besteht die Absicht, dass dieser später in die NPM-Rechnung integriert wird. Wegen der pendenten NPM-Abschaffungsvorstösse ist dies bisher nicht erfolgt. Der Jahresbericht soll die Tätigkeiten des abgelaufenen Jahres zusammenfassen. Er kann sowohl als Steuerungsinstrument der Geschäftsleitung, wie auch als Mittel zur Öffentlichkeitsarbeit verwendet werden. Die GPK ist der Ansicht, dass das vorliegende Werk beiden Zwecken dient. Der Jahresbericht beinhaltet viele interessante und aussagekräftige Kennziffern, welche sowohl für die involvierten Abteilungen, aber auch für interessierte Laien aufschlussreich sind. Der Jahresbericht ist um 10 Seiten umfangreicher als im Vorjahr. Dazu beigetragen haben sicher die wachsende Zahl von Vorstössen und Geschäften, welche behandelt werden mussten, aber auch Aufträge, welche die Verwaltung vom Parlament erhalten hat. Im umfangreichen Bericht der Sozialen Dienste sind insbesondere Forderungen einer pendenten SVP-Motion betreffend Kontrolle von Sozialhilfe und Verhinderung von Missbrauch im Sozialbereich aufgenommen worden. Die GPK hat den umfassenden Jahresbericht angeschaut und hat inhaltlich nichts beizufügen. Die GPK dankt allen, welche zu diesem interessanten Werk beigetragen haben und empfiehlt diesen zur Genehmigung.

## Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten.

## Allgemeine Beratung

### Fraktionssprecher

**Markus Wenger (EVP):** Den Mitarbeitenden, welche an diesem Jahresbericht mitgearbeitet haben, wird herzlich für die Arbeit gedankt. Wie er bereits vor einem Jahr ausgeführt hat, wünscht er sich einige Modifikationen, um damit die Aussagekraft der Arbeit zu unterstützen. Er hat für die Zukunft folgende Wünsche:

1. Die wichtigen Kennzahlen im Bericht sollen in einem Raster zusammengefasst werden, um damit einen Gesamtüberblick auf ein bis zwei Seiten zu erhalten.
2. In diesem Raster soll auch eine Zukunftsperspektive aufgeführt werden (z.B. Schülerzahlen, Finanzkennzahlen etc.).
3. Die Pendenzen sollten abgebaut werden. Dies sollte mit einer guten Zusammenarbeit auf allen Stufen gelingen.

**Bernhard Hauck (SP):** Die SP-Fraktion bedankt sich für den sehr informativen, gut lesbaren und in der Form schlicht gehaltenen Bericht. Beim Lesen findet man gute Zusammenfassungen und Übersichten über die Verwaltungsabteilungen und wie diese personell besetzt sind. Der SP-Fraktion ist aufgefallen, dass zum Thema Ortsmarketing ab Seite 24 keine Angaben zur Finanzierung gemacht werden. Dies erstaunt, da das Ortsmarketing doch eines der grossen Investitionsprojekte des vergangenen Jahres war und auch bleiben wird. Auf Seite 7 hat sich ein Fehler eingeschlichen, indem Urs Gurtner als Präsidentin der GPK aufgeführt wird. Die SP-Fraktion empfiehlt, den Jahresbericht zu genehmigen.

**Peter Kislig (SVP):** Der Jahresbericht ist sehr informativ und sauber abgefasst. Zum ersten Mal ist eine Steuerstatistik aufgeführt. Er hat gerechnet, dass

- 85 % der Steuerpflichtigen Fr. 11.37 Mio. zahlen (entspricht ca. 53 % der Steuereinnahmen oder Fr. 1'613.00 pro Steuerzahler)
- Die restlichen 15 % der Steuerpflichtigen Fr. 9.967 Mio. zahlen (entspricht 47 % der Steuereinnahmen oder Fr. 7'738.00 pro Steuerzahler)
- Bei der Vermögenssteuer zahlen 3 % gleichviel wie die restlichen 97 %

Die SVP-Fraktion dankt allen, welche zu diesem Jahresbericht beigetragen haben. Die SVP-Fraktion kann diesem zustimmen.

**Pia Hutzli (FS):** Der Jahresbericht ist für sie eine interessante und spannende Lektüre. Besonders erwähnen möchte die FS-Fraktion den Teil der Sozialen Dienste. Die Ausführungen in diesem Bericht sind aussagekräftig und umfassend. Interessant und aufschlussreich ist die statistische Erfassung der Fallbearbeitungen seit dem Jahr 2005. Hier findet man Zahlen zu Prävention, vormundtschaftlichen Mandaten, Gefährdungsmeldungen etc. Die Zahlen zeigen die Entwicklung in den letzten Jahren respektive die Erfolgsquoten. Sehr überzeugend zur Geltung kommen die Inhalte im Bericht, welche mit den Indikatoren des NPM korrespondieren. Dank der Vergleichbarkeit mit der Jahresrechnung und NPM konnte erfahren werden, wie die Standards erreicht wurden. Aus dem Bericht der Sozialen Dienste wird erkennbar, dass die Indikatoren einen gewissen Grundraster bilden. Darauf kann die Massnahmenplanung aufgebaut werden. So kann auf transparente Art gesehen werden, wie die Sozialen Dienste arbeiten. Die FS-Fraktion dankt den Sozialen Diensten aber auch den übrigen Abteilungen für den interessanten Bericht.

**Ernst Hautle (FDP):** Auch die FDP-Fraktion dankt der Verwaltung für die Verfassung dieses Berichtes. Der FDP-Fraktion zeigt sich besorgt, dass der Jahresbericht in die Jahresrechnung unter den NPM-Produktegruppen eingefügt werden soll. Man sollte sich nochmals Gedanken darüber machen. Es wird angeregt, dass die vielen pendenten Parlamentarischen Vorstösse einmal überprüft und nach Möglichkeit abgeschrieben werden (z.B. Bahnhof Oberland, Informationen in den Medien etc.). Die FDP-Fraktion dankt für den Jahresbericht und kann diesem zustimmen.

### Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

### Detailberatung

Keine Wortmeldungen.

### Beschluss (einstimmig)

Der Jahresbericht der Gemeinde Spiez betreffend das Jahr 2009 wird genehmigt.

## 113 8.201 Gemeinderechnung Jahresrechnung 2009

### Ausführungen des Gemeinderates

**Kurt Frei:** Im Gegensatz zu den Finanzministern von Griechenland, Portugal oder Spanien hat er in letzter Zeit und da ist er überzeugt, dank dem vorliegenden Resultat der Jahresrechnung 2009 ruhiger schlafen können. Oder anders gesagt: Eine gute Finanzlage ist eben zentral für ein Staatswesen (oder in unserem Fall für eine Gemeinde). Mit der vorliegenden Gemeinderechnung ist eigentlich schon sehr viel gesagt worden. Einzelne Punkte möchte er trotzdem hervorheben.

Zuerst zum Gesamtergebnis:

### **Laufende Rechnung**

Die Laufende Rechnung schliesst nach Vornahme der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestabschreibungen mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 4.22 Mio. ab. Gegenüber dem Voranschlag ergibt sich eine Besserstellung von Fr. 4.18 Mio. Aufgrund des positiven Rechnungsergebnisses haben wir noch Fr. 3.9 Mio. an zusätzlichen Abschreibungen getätigt. Schlussendlich wird ein Ertragsüberschuss von Fr. 320'762.13 ausgewiesen. Zum besseren Ergebnis haben vor allem beigetragen:

- Die eigenen Beiträge liegen um Fr. 2.99 Mio. unter dem Voranschlagswert (wird durch Mindereinnahmen im Lastenausgleich Sozialhilfe neutralisiert)
- Der Sachaufwand liegt um Fr. 576'000 unter dem budgetierten Wert
- Der Personalaufwand fällt um Fr. 306'000 tiefer aus
- Die Passivzinsen liegen um Fr. 170'000 unter dem Voranschlagswert
- Der Steuerertrag liegt um Fr. 1.38 Mio. über dem Budgetwert
- Nebst dem Steuerertrag fallen auf der Ertragsseite auch die Vermögenserträge um Fr. 270'000 höher aus

### **Investitionsrechnung**

Die Investitionsrechnung schliesst bei aktivierten Ausgaben von Fr. 5.13 Mio. und passivierten Einnahmen von Fr. 0.56 Mio. mit Nettoinvestitionen von Fr. 4.56 Mio. ab. Den Nettoinvestitionen steht eine Selbstfinanzierung von Fr. 8.09 Mio. gegenüber. Der Finanzierungsüberschuss beträgt demzufolge Fr. 3.52 Mio., was einem Selbstfinanzierungsgrad von 177.23 % entspricht. Klammern wir die Spezialfinanzierungen aus (vor allem bei der Abwasserentsorgung hatten wir hohe Investitionen) zeigt sich folgendes Bild: Die Bruttoinvestitionen betragen 2.55 Mio. und die eingehenden Investitionsbeiträge Fr. 266'000. Die Nettoinvestitionen betragen noch Fr. 2.29 Mio. Aus der laufenden Rechnung bringen wir eine Selbstfinanzierung von Fr. 8.06 Mio. Bei dieser Berechnungsweise entsteht ein Finanzierungsüberschuss von Fr. 5.77 Mio., was einem Selbstfinanzierungsgrad von 353 % entspricht.

### **Investitionen seit 1990**

Wenn die Investitionen der Jahre 1990 bis 2009 zusammengezählt werden, haben wir für Fr. 84.45 Mio. investiert. Im Durchschnitt haben wir also pro Jahr Fr. 4.69 Mio an Investitionen getätigt. Aus dieser Sicht liegt das Jahr 2009 mit Nettoinvestitionen von Fr. 4.56 Mio. ziemlich genau im Durchschnitt.

### **Investitionen und Verpflichtungen**

Trotz der erhöhten Investitionstätigkeit konnten die gesamten Verpflichtungen weiter zurückgeführt werden. Die Reduktion der gesamten Verpflichtungen beträgt für die letzten 4 Jahre immerhin Fr. 10 Mio. Die in der Zwischenzeit erfolgten Verkäufe von ausgewählten „Finanzvermögenliegenschaften“ im Gesamtbetrag von Fr. 7.43 Mio. wird auch im Jahr 2010 nochmals zu einer deutlichen Reduktion der Schulden beitragen. Grundsätzlich soll der Kurs zur weiteren Schuldenreduktion fortgesetzt werden. Dies ist insofern wichtig, da in nächster Zeit eher wieder mit steigenden Zinsen zu rechnen ist und somit der Haushalt mit Aufwand belastet wird, den wir nicht beeinflussen können.

### **Selbstfinanzierungsgrad**

Das positive Rechnungsergebnis widerspiegelt sich auch in den Kennzahlen. Die Gemeinde Spiez weist in den letzten drei Jahren einen Selbstfinanzierungsgrad von über 100 % aus. Das heisst, wir konnten einerseits die Investitionen vollständig aus eigenen Mitteln bezahlen. Dazu haben wir aus der Laufenden Rechnung Finanzierungsüberschüsse erzielt und konnten somit auch noch Schulden zurückzahlen. Auch im Vergleich mit dem kantonalen Mittel weist die Gemeinde Spiez in den letzten drei Jahren einen überdurchschnittlichen Selbstfinanzierungsgrad aus.

### **Selbstfinanzierungsanteil**

Wie die Kennzahl Selbstfinanzierungsanteil zeigt, hat die Leistungsfähigkeit seit dem Jahr 2004 kontinuierlich zugenommen, was sehr erfreulich ist. Wichtig ist, dass wir trotz dieses erfreulichen Trends auf dem Boden der Realität bleiben. Wie immer wieder erwähnt, gibt es verschiedene Wolken, die am Finanzhimmel von Spiez aufziehen. Aufgrund dieser Wolken wird es schwierig sein, auch in Zukunft ein so schönes Bild zu malen. Auf die übrigen Kennziffern wird nicht im Detail eingetreten. Sie sind im Vorbericht auf den Seiten 20 bis 22 erläutert.

### **Zusätzliche Abschreibungen**

Dank den positiven Rechnungsergebnissen der Jahre 2006 – 2009 und der damit verbundenen höheren Selbstfinanzierung haben wir laufend mehr zusätzliche Abschreibungen getätigt. Im Jahr 2006 haben diese noch Fr. 800'000 betragen. Im Jahr 2009 haben wir stolze Fr. 3.9 Mio. zusätzlich von unserem Verwaltungsvermögen abgeschrieben. Diese 3.9 Mio. entsprechen rund 2.8 Steuerzehntel. Das heisst auch, dass im Jahr 2010 Fr. 390'000 weniger an harmonisierten Abschreibungen anfallen. Die harmonisierten Abschreibungen sind ja im Gegensatz zu den zusätzlichen Abschreibungen von Gesetzes wegen zwingend vorzunehmen. Trotz den erwähnten aufziehenden Wolken will sich der Gemeinderat der Tatsache der in der Vergangenheit besseren Rechnungsergebnisse nicht verschliessen. Anlässlich der Behandlung der strategischen Ziele und des Massnahmenplans 2010 – 2014 hat der Gemeinderat anlässlich einer Klausursitzung beschlossen, auf den nächst möglichen Zeitpunkt, d.h. im Rahmen des Budgetprozesses 2012 eine mögliche Steuersenkung zu prüfen.

### **Nachkredite in Kompetenz des Grossen Gemeinderat**

Aufgrund des guten Rechnungsergebnisses hat der Gemeinderat beschlossen, zusätzlich Fr. 3.9 Mio. auf dem Verwaltungsvermögen abzuschreiben. Dies führt zu einem Nachkredit in der Produktgruppe „Finanzielle Führungsgrundlagen“, welcher durch den Grossen Gemeinderat noch zu beschliessen ist. Ebenfalls bei der Produktgruppe „Liegenschaften des Finanzvermögens“ gibt es einen Nachkredit. Bekanntlich hat der Grosse Gemeinderat im Herbst 2009 das Reglement „Spezialfinanzierung Werterhalt für die Liegenschaften des Finanzvermögens“ per 1. Januar 2010 beschlossen. Aufgrund des sehr guten Ergebnisses in dieser Produktgruppe hat der Gemeinderat beschlossen, die Einlage in den Spezialfinanzierungsfonds von Fr. 867'981 bereits für das Jahr 2009 vorzunehmen. Da diese Einlage nicht budgetiert war, führt dies konsequenterweise zu einem Nachkredit. Rund die Hälfte der Einlage konnte mit dem guten Rechnungsergebnis dieser Produktgruppe aufgefangen werden. Die restlichen Fr. 446'984.55 müssen als Nachkredit in der Kompetenz des Grossen Gemeinderates beschlossen werden.

### **Beurteilung der finanziellen Situation**

Wenn ein Fazit zur finanziellen Situation gezogen wird, darf festgestellt werden, dass wir eine positive Ausgangslage haben. Die finanzielle Basis von Spiez ist nach wie vor gut und darf als Standortvorteil gesehen werden. Wir haben eine gesunde Bilanz mit einem Eigenkapital von über Fr. 7 Mio. Die Selbstfinanzierung hat sich in den letzten fünf Jahren positiv entwickelt. Entsprechend hat die Möglichkeit, neue Investitionen zu finanzieren oder Schulden abzubauen, laufend zugenommen. Im direkten regionalen Vergleich haben wir eine attraktive Steueranlage. Die Steueranlage ist aber nur eine Sicht. Für eine Standortwahl sind aber auch noch andere Faktoren entscheidend. Beispielsweise besticht Spiez durch eine zentrale und schöne Wohnlage. Aber auch das Dienstleistungsangebot, sowie die Infrastruktur sind auf einem sehr guten Stand. Die Zukunft ist von diversen Unsicherheitsfaktoren behaftet. Als Stichworte können die Einnahmeausfälle der Steuergesetzrevision, eine wahrscheinliche Mehrbelastung durch das FILAG 2012 und Einnahmeausfälle nach dem auslaufenden Vertrag des Räumlis ab dem Jahr 2014 genannt werden. Die erwähnten Faktoren dürften den finanziellen Spielraum schmälern und damit wird auch die Möglichkeit für den Schuldenabbau und die Finanzierung der Investitionen eingeschränkt. Dies bedeutet auch, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit weiterhin bescheiden bleibt oder sogar abnimmt. Es braucht weiterhin Anstrengungen und Disziplin von allen Beteiligten, wenn wir zukünftig die gute Ausgangslage nicht preisgeben wollen. Der Wille alleine reicht nicht, es braucht auch Taten. Er möchte auch in diesem Jahr den Budgetverantwortlichen für die Ausgabendisziplin danken. Ein spezieller Dank geht an Finanzverwalter Stefan Christen und sein Team für die fachliche Unterstützung im vergangenen Jahr, insbesondere während seiner krankheitsbedingten Abwesenheit. In diesem Zusammenhang dankt er auch seinen beiden Stellvertretern (Christoph Hürlimann im Gemeinderat und

Ernst Hautle als Vizepräsident der Finanzkommission). Die Jahresrechnungen 2009 sowie die Nachkredite werden zur Genehmigung empfohlen.

### **Stellungnahme der GPK**

**Urs Gurtner:** Die Jahresrechnung wurde durch die GPK geprüft. Es konnte festgestellt werden, dass der Prozess für die Erstellung der Gemeinderechnung ordnungsgemäss abgelaufen ist. Die Gemeinderechnung ist nach Abschluss durch den Finanzverwalter wie folgt behandelt worden:

- Finanzkommission am 6. April 2010
- Gemeinderat am 19. April 2010
- Revision durch die Firma Ernst & Young AG vom 20. - 22. April 2010
- Unangemeldete Zwischenrevision vom 22. Oktober 2009

Der Prüfungsbericht der Ernst & Young AG vom 22. April 2010 liegt vor. Es wird attestiert, dass alle gesetzlichen Prüfungshandlungen durchgeführt wurden und die Jahresrechnung 2009 vom Rechnungsprüfungsorgan als korrekt erachtet wird. Die Rechnung schliesst um rund Fr. 4.18 Mio. besser ab als budgetiert. Sowohl höhere Einnahmen als auch tiefere Ausgaben haben zu diesem Ergebnis beigetragen. Der Steuerertrag liegt um rund Fr. 1.37 Mio. höher als budgetiert, aber gegenüber 2008 um Fr. 554'000.00 tiefer. Der grosse Einbruch ist also ausgeblieben. Es kann also davon ausgegangen werden, dass die Steuereinnahmen in Spiez relativ konstant und weniger krisenanfällig sind, als befürchtet. Eine weitere Feststellung hat die GPK betreffend Lastenausgleich Sozialhilfe gemacht. Gemeinden, welche kostenbewusst und effizient arbeiten, werden schlecht oder gar nicht belohnt. Es bleibt zu hoffen, dass mit der Revision des Finanz- und Lastenausgleiches im Jahr 2012 bessere Anreize geschaffen werden. Andererseits blieb man auf der Ausgabenseite unter dem Budget. Die meisten Globalbudgets wurden durch die Produktgruppenverantwortlichen nicht ausgeschöpft. Dies ist erfreulich und zeugt von Kostenbewusstsein. Eine allzu vorsichtige oder pessimistische Budgetierung sollte in Zukunft vermieden werden, um auf dem eingeschlagenen Kurs zu bleiben. Auch wenn man berücksichtigt, dass die Auswirkungen der Rezession schlecht abgeschätzt werden konnten, ist eine Abweichung von rund Fr. 4 Mio. relativ gross. In der GPK wurde deshalb die Frage aufgeworfen, ob man zu vorsichtig oder zu pessimistisch budgetiert hat. Finanzverwalter Stefan Christen hat ausgeführt, dass man der Ansicht ist, richtig budgetiert zu haben. Das Vorsichtsprinzip (weniger Einnahmen, höhere Ausgaben) muss bei einer seriösen Finanzplanung eingehalten werden. Die GPK wollte auch wissen, welche Konsequenzen dieses gute Ergebnis auf die weitere Finanzplanung haben wird. Finanzvorsteher Kurt Frei hat bereits einen kleinen Ausblick präsentiert. Das gute Ergebnis 2009 wird für die Budgetierung 2011 berücksichtigt werden. Für grosse Sprünge besteht jedoch zu wenig Spielraum. Eine Steuersenkung soll geprüft werden, kann jedoch erst im Jahr 2012 ins Auge gefasst werden. Die GPK dankt Gemeinderat Kurt Frei und Finanzverwalter Stefan Christen für die tadellose und gute Arbeit und Präsentation der Jahresrechnung. Die GPK empfiehlt, dem Antrag des Gemeinderates zu folgen und sowohl die Nachkredite für zusätzliche Abschreibungen und die Gemeinderechnungen 2009 zu genehmigen.

### **Eintreten**

Das Eintreten ist unbestritten.

### **Allgemeine Beratung**

#### **Fraktionssprecher**

**Bernhard Hauck (SP):** Die SP-Fraktion bedankt sich bei Finanzvorsteher Kurt Frei, Finanzverwalter Stefan Christen und seinem Stellvertreter Reto Lüthi für die tadellos geleistete Arbeit. Trotz zusätzlicher Abschreibungen von fast Fr. 4 Mio. resultiert eine Ertragsüberschuss von rund

Fr. 320'000.00. Der Selbstfinanzierungsgrad kletterte auf stolze 177 %. Das heisst, die Leistungsfähigkeit der Gemeinde für Investitionen ist gestiegen. So weit, so gut. Und bereits werden Töne für eine Steuersenkung in verschiedenen Kreisen laut. Es gibt aber keinen Grund zur Euphorie. Behalten wir kühlen Kopf und bedenken folgende Punkte:

1. Die Haupteinnahmequelle unserer Gemeinde sind die Einkommenssteuern der natürlichen Personen. Dafür verantwortlich ist der gut bis sehr gut verdienende Mittelstand. Wir haben die detaillierten Ausführungen darüber von Peter Kislig gehört. Dies ist beruhigend. Der grosse Teil der Spiezer Bürger arbeitet in Anstellungsverhältnissen, welche anscheinend konjunkturell nicht grossen Schwankungen ausgesetzt sind. Aber der gesamte Steuerertrag gegenüber 2008 ist um eine gute halbe Million zurückgegangen und wird in diesem Jahr mit Sicherheit nochmals sinken.
2. Die Gemeinde Spiez hat in den vergangenen Jahren von verschiedenen Liegenschaftsverkäufen profitiert. Die Gemeinde kann Land oder Liegenschaften bekanntlich nur einmal verkaufen. Danach sind die Gemeindereserven nachhaltig und für immer geschmälert.
3. Im Jahr 2012 tritt das neue Finanz- und Lastenausgleichsgesetz in Kraft. Das heisst konkret für Spiez voraussichtlich höhere finanzielle Belastungen und Mindereinnahmen seitens des Kantons.
4. Wenn im Jahre 2014 für das Räumli neue Mietverträge anstehen, werden diese mit Sicherheit nicht mehr so gut sein, wie zur jetzigen Zeit. Also weitere planbare empfindliche Einbussen.

Mindereinnahmen und Mehrausgaben sind in Zukunft absehbar. Wie kann ein vernünftiger Mensch bei diesen Perspektiven eine Steuersenkung ins Auge fassen und dies notabene bei gleichbleibenden Leistungen und der Absicht auch die Investitionen etwa gleich zu halten. Die SP-Fraktion empfiehlt trotzdem die Rechnungen 2009 und die Nachkredite zu genehmigen.

**Rudolf Thomann (SVP):** Ein bekannter Politiker hat einmal folgende Worte verwendet: „Freude herrscht.“ Die SVP-Fraktion kann dies bei der Betrachtung der erfreulichen Gemeinderechnung 2009 ebenfalls sagen. Vermutlich wird auch die laufende Rechnung 2010 nicht zuletzt wegen der verschiedenen Liegenschaftsverkäufe positiv ausfallen. So gesehen sind wir gut auf Kurs. Die guten Ergebnisse haben aber auch eine Kehrseite. Es weckt neue Begehren. Man muss weiterhin genau abklären, was nur wünschenswert ist oder was einem echten Bedarf entspricht. Die vorsichtige Ausgabenpolitik der letzten Jahre ist deshalb unbedingt beizubehalten. Auch die SVP-Fraktion ist klar der Ansicht, dass man jetzt über eine Steuersenkung diskutieren und ins Auge fassen muss. Es kann nicht sein, dass dies diverse umliegende Gemeinden fertigbringen und wir nicht. Die SVP-Fraktion kann den Gemeinderechnungen 2009 zustimmen. An dieser Stelle wird den Finanzverantwortlichen, Stefan Christen und Kurt Frei, bestens gedankt für die gewohnt aussagekräftige und gut abgefasste Rechnung.

**Daniel Lanz (FDP):** Die FDP-Fraktion ist erfreut über das äusserst positive Resultat der vorgelegten Rechnung 2009. Es konnten zusätzliche Abschreibungen vorgenommen und die Verschuldung reduziert werden. Am meisten gefällt ihm, dass seine Lieblingskennzahl der Selbstfinanzierungsanteil 13.5 % beträgt. Dies ist im genügenden Bereich. Dies ist ein gutes Resultat. Die FDP-Fraktion hat den Eindruck, dass mit den Finanzen haushälterisch umgegangen wurde. An dieser Stelle wird denjenigen gedankt, welche durch das Jahr hindurch gearbeitet und geholfen haben, dieses gute Resultat zu erreichen. Auf der Aufwandseite sind der Sachaufwand und der Personalaufwand tiefer als budgetiert. Allerdings liegt man bei beiden Positionen deutlich über der Rechnung 2008. Es stellt sich die Frage, ob man sich am Budget oder an der Rechnung misst. Auf der Einnahmeseite liegen die Steuereinnahmen deutlich über dem Budget. Die FDP-Fraktion stellt somit fest, dass offensichtlich defensiv budgetiert wurde. Man kann sich an diverse Budgetdebatten erinnern, als die FDP-Fraktion gegen das Budget gekämpft und zum Sparen angespornt hat. Das Resultat gibt der FDP-Fraktion recht, dass das Budget im Bereich der Ausgaben etwas enger hätte ausfallen können. Im Jahr 2009 wurden beim Bürger mehr Steuern eingezogen als für die

Aufgaben der öffentlichen Hand notwendig gewesen sind. Man kann nun entweder, falls notwendig, mehr investieren oder man kann die Steuern senken. Diese beiden Optionen gibt es zu prüfen. Die FDP-Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderates.

### Allgemeine Diskussion

**Philipp Zimmermann:** Er erlaubt sich einen kurzen persönlichen Kommentar zum Thema Steuer-senkung abzugeben. Wir haben gehört, dass die Gemeinde Spiez einer finanziell ungewissen Zukunft entgegen geht. Es wird ein strukturelles Defizit erwartet. Der finanzielle Spielraum nimmt ab. Der Steuerertrag ist bei gleichbleibender Steueranlage bereits leicht gesunken. Die Gemeinde Spiez hat im Vergleich mit anderen Gemeinden bereits eine tiefe Steuerbelastung. Er weiss nicht, wie irgend jemand auf die Idee kommen kann, eine Steuersenkung in den nächsten Jahren zum Thema zu machen. Dies umso mehr, als bei jeder Investition in die Kultur, Bildung, Umweltschutz etc. Rufe laut werden, es sei kein Geld vorhanden in der Gemeinde Spiez. Er möchte fast wetten, dass dies heute Abend noch das eine oder andere Mal gehört werden kann. Deshalb ist er der Ansicht, dass man von solchen Plänen der vorsätzlichen finanziellen Selbstverstümmelung schnellstens abkommt.

### Detailberatung

#### Produktgruppe Liegenschaften des Verwaltungsvermögens (Seite 89)

Auf die Frage von Peter Kislig erklärt Franz Arnold, dass es sich beim genannten alten Feuerwehrmagazin um das Gebäude an der Asylstrasse und nicht um dasjenige in Einigen handelt.

### Beschluss (einstimmig)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 40 f) der Gemeindeordnung

b e s c h l i e s s t :

1. Die Nachkredite von Fr. 4'346'984.55 (zusätzliche Abschreibungen sowie Einlage in Spezialfinanzierung Verwaltung der Liegenschaften des Finanzvermögens) werden genehmigt.
2. Die Gemeinderechnungen des Jahres 2009 werden genehmigt.

### 114 5.100 Schulhausanlagen

#### Schulanlage Längenstein / Sanierung Gebäude A, Verpflichtungskredit von Fr. 1'280'000.00

#### Ausführungen des Gemeinderates

**Kurt Frei:** Mit der Sanierung des Gebäudes A des Schulzentrums Längenstein wird das älteste Gebäude saniert. Aus den Unterlagen konnte entnommen werden, dass der Gemeinderat drei verschiedene Varianten geprüft hat. Der Gemeinderat empfiehlt dem GGR, der Sanierungsvariante 2 zuzustimmen. Das Kosten-/Nutzenverhältnis ist nach Ansicht des Gemeinderates am besten gegeben. Die zeitlichen Vorgaben sehen vor, dass die Renovation in den Sommerferien 2011 ausgeführt wird. Der Zeitbedarf muss ausreichen, damit dies in diesen fünf Wochen ausgeführt werden kann. Ansonsten müsste nach Ersatzlösungen gesucht werden, damit der Unterricht nach den Sommerferien weitergeführt werden kann.

## Stellungnahme der GPK

**Jürg Staudenmann:** Die Denkmalpflege stuft dieses Gebäude als erhaltenswert ein. Dementsprechend gilt es den Charakter des Gebäudes innen und auch aussen zu erhalten. Die Denkmalpflege wurde auch entsprechend in die Planung einbezogen. Das Gebäude wurde 1903 erbaut und im Jahre 1956 saniert. Die Gebäudehülle ist in einem schlechten Zustand und entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen an eine Wärmedämmung. Der Sockel des Gebäudes ist aber noch in einem guten Zustand. Die Gebäudeversicherung fordert eine Blitzschutzanlage auf dem Dach. Es handelt sich um eine Auflage, welche erfüllt werden muss. Beim Gebäude handelt es sich generell um einen komplizierten Baukörper, mit speziellen Aufbauten und Rundungen. Bei den im Finanzplan vorgesehenen Kosten von Fr. 800'000.00 handelt es sich nur um eine Schätzung. Deshalb kam die Differenz zu der nun vorliegenden Lösung auf Offertbasis zu Stande. Bei der 1. Variante handelt es sich um eine Minimalvariante. Es wird nur das Allernötigste ausgeführt. Bezüglich Wärmedämmung bringt diese Variante praktisch keine Einsparungen. Die Variante 2 ist bezüglich Wärmedämmung und Kosten die Effektivste. Die oberen zwei Stockwerke werden isoliert. Es wird alles Notwendige gemacht, jedoch ohne Arbeiten, welche eher einem Wunschbedarf entsprechen. Man muss sich hier vor Augen halten, dass es sich um einen Alt- und nicht um einen Neubau handelt und der Charakter des Gebäudes innen und aussen erhalten werden muss. Die Variante 3 entspricht dem heutigen Minergiestandard. Im Gegensatz zur Variante 2 wird der Sockel isoliert. Zu beachten gilt noch, dass, aus Gründen des Denkmalschutzes, aussen keine Wärmedämmung angebracht werden darf. Im Weiteren muss eine Aktivlüftung im Gebäude installiert werden. Bestehende Heizkörper müssen demontiert, gereinigt und wieder montiert werden. Variante 3 bringt im Vergleich zu Variante 2 nicht wesentlich mehr Energieeinsparungen. Bei Variante 3 müssen unschöne Rohre für die Belüftung angebracht werden. Zu beachten gilt, dass Variante 3 einen massiven Eingriff in das schützenswerte Gebäude bedeutet und rund eine Million Franken mehr kostet. Die GPK empfiehlt, die vom Gemeinderat vorgeschlagene Variante 2 zu unterstützen.

## Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten.

## Fraktionssprecher

**Godi Bärtschi (EVP):** Für die EVP-Fraktion wäre es wünschenswert, wenn eine Gesamtanierung mit einer kontrollierten Lüftung mit Minergielabel realisiert würde. Damit könnte massiv Öl eingespart werden. Besonders die kontrollierte Lüftung wäre im Schulbereich sinnvoll. Sie steigert die Leistungsfähigkeit der Schulkinder durch ständige Zufuhr von Sauerstoff. Trotzdem kommt die EVP-Fraktion zum Schluss, dass zur Zeit die abgeschwächte Sanierungsvariante 2 sinnvoll und möglich ist. Folgende Gründe haben zu dieser Entscheidung geführt: Im Finanzplan sind für das Jahr 2011 nur Fr. 800'000.00 vorgesehen. In Folge von Auflagen der Denkmalpflege sind im Erd- und Untergeschoss die Wärmedämmmöglichkeiten stark eingeschränkt. Oder anders gesagt sehr aufwendig. Der Einbau einer kontrollierten Lüftung ist zwar nicht unmöglich, aber sehr aufwändig und mit weniger Effizienz verbunden. Die relativ günstigen Kellerdämmungen könnten auch später noch ausgeführt werden. Der Zusatzaufwand von Fr. 935'000.00 um den Minergiestandard zu erreichen, erscheinen unverhältnismässig. Insbesondere weil die nächste Sanierung (Mittelbau) bereits ansteht. Dort kann das eingesparte Geld besser investiert und mit dem gleichen Geld mehr Energie eingespart werden. Kurzfristig gesehen, handelt es sich um die beste Variante. Das Minergielabel und die damit verbundenen Förderbeiträge können später auch noch erreicht bzw. eingefordert werden. Insbesondere dann, wenn der Nahwärmeverbund steht. Dann hat man die besten Voraussetzungen, wenn mit erneuerbarer Energie geheizt wird. Die EVP-Fraktion kann deshalb der Variante 2 zustimmen

**Ursula Zybach (SP):** Die SP-Fraktion stellt den **Antrag**, das Geschäft an den Gemeinderat zurückzuweisen. Dieser soll dem GGR eine zusätzliche Variante Minergie vorlegen. Bei der Sanierung der Schulanlage Längenstein soll nach dem Willen des Gemeinderates nicht der Miner-

giestandard erreicht werden, obschon dies gemäss Berner Energieabkommen mit dem Kanton klar vereinbart wurde. Im Massnahmenplan vom Mai 2007 steht, dass Sanierungen von Gebäudeliegenschaften im Minergiestandard auszuführen sind. Abweichungen sind zu begründen. Um Energiestadt zu bleiben muss sich die Gemeinde ständig verbessern. Gerade bei einem Schulhaus will man auf eine Lüftung verzichten, obwohl man weiss, dass diese hilft, mehr Sauerstoff in ein Schulzimmer zu bringen. Sonst wollen wir auch immer das Beste für die Schulkinder. Warum wollen wir dies hier nicht? Vielleicht ist die Begründung weil dies wesentlich mehr kostet. Es ist allen klar, dass es nicht einfach ist, ein Gebäude nachzurüsten, welches 1903 erbaut wurde und verschnörkelt ist. Die Vorlage des Gemeinderates suggeriert aber, dass man um den Minergiestandard zu erreichen, eine Lüftung einbauen muss, welche fast eine Million Franken Mehrkosten verursacht. Bei der genaueren Betrachtung sieht man jedoch, dass zusätzliche Arbeiten in die Variante 3 eingerechnet sind, welche mit der Erreichung des Minergiestandards nichts zu tun haben. Im Gespräch mit Experten des Kantons Bern wurde klar, dass man für die Erreichung des Minergiestandards nicht alle Arbeiten der Variante 3 ausführen muss. Es wird in den Unterlagen darauf hingewiesen, dass Bund und Kanton einen Förderbeitrag von Fr. 38'000.00 ausrichten. Auch hier wurde nach Rücksprache mit dem Kanton mitgeteilt, dass dies nur beim Erreichen des Minergielabels der Fall sein wird, nicht aber für Einzelbauteile, wie dies hier vorgesehen ist. Beim Kanton wurde bisher kein Gesuch eingereicht, aber man geht davon aus, dass man den Betrag bei Variante 2 nicht erhält. In den Unterlagen wird hingegen nicht ausgeführt, dass man beim Erreichen des Minergiestandards Fr. 60.00 pro m<sup>2</sup> beheizte Minergiefläche erhalten würde. Gemäss Erfahrungen des Kantons zeigt sich in den meisten Fällen, dass die Mehrkosten mit den Beiträgen des Kantons ausgeglichen werden können. Die Gemeinde sollte diese Chance nutzen, wenn der Kanton bereit ist, Beiträge zu sprechen. Vor allem auch wenn dies Mehreinnahmen für das Gewerbe auslöst und wieder zu mehr Steuereinnahmen führt. Der Rückweisungsantrag der SP-Fraktion erfolgt nicht nur wegen der fehlenden Variante Minergie, sondern auch wegen dem fehlenden Detaillierungsgrad in den Unterlagen. Es wird auf den Beschluss aus dem Jahre 2007 betreffend Sanierung Hauswirtschaft Schulzentrum Längenstein verwiesen. Damals wurden die Kosten sehr detailliert und nach Baukostenplan (BKP) aufgeführt. Dies gegenüber den sehr global aufgeführten Kosten in dieser Vorlage. Die SP-Fraktion stellt deshalb den Antrag auf Rückweisung des Geschäftes an den Gemeinderat. Er soll zusätzlich eine Variante Minergie ausarbeiten und der Kostenvoranschlag soll dabei etwas detaillierter ausfallen. Mit einer Rückweisung wird noch keine Entscheidung gefällt, welche Variante tatsächlich ausgeführt werden soll. Man hat die Möglichkeit, gestützt auf detaillierte Unterlagen eine gute Entscheidung zu fällen. Die Frage, ob wünschenswert oder echter Bedarf, kann beantwortet werden, wenn die Zahlen mit einer Variante Minergie vorgelegt werden.

### **Diskussion über den Rückweisungsantrag der SP-Fraktion**

**Godi Bärtschi:** Der Mehraufwand ist nicht nur für die kontrollierte Lüftung vorgesehen. Es handelt sich auch noch um zusätzliche Wärmedämmmassnahmen im Erd- und Untergeschoss. Für die Lüftung müssten maximal Fr. 100'000.00 gerechnet werden. Je nach Lösung (Einzel- oder Zentral-lösung). Die Lüftung alleine macht die Mehrkosten nicht aus. Die Förderbeiträge müssen zwischen Förderprogramm und Minergie unterschieden werden. In Variante 2 sind nur Förderbeiträge aus dem Gebäudeprogramm enthalten, welche ausgerichtet werden, wenn man nachweisen kann, dass es sich um einen denkmalgeschützten Bau handelt. Die Bestätigung über die Fr. 38'000.00 liegt vor. Selbstverständlich wird ein solcher Antrag erst eingereicht, wenn das Bauvorhaben beschlossen ist. Deshalb wurden die Gesuche noch nicht eingereicht.

**Dani Brügger:** Mit dem Entscheid ein altes Haus zu isolieren, hat man schon Geld verdient. Bei diesem Geschäft scheint dies nicht so offensichtlich zu sein. Ein wesentlicher Punkt, dass hier weniger Energie gespart werden kann, ist die Denkmalpflege. Er will hier aber nicht gegen Windmühlen anrennen. Warum scheint es bei diesem Projekt nicht möglich zu sein, die gut Fr. 900'000.00 Unterschied zwischen Variante 2 und 3 durch Energieeinsparungen zu amortisieren. Beim Studium der detaillierten Unterlagen hat er festgestellt, dass von den Fr. 900'000.00 Mehrkosten, ca. Fr. 150'000.00 für Dämmmassnahmen vorgesehen sind. Der Rest ist Renovation. Er hat anschliessend die Daten in einen Abschreibungsrechner eingegeben und die Energiekostenteuerung der letzten sieben Jahre in die Zukunft extrapoliert und kam auf eine Amortisationsdauer von 42 Jahren. Dies zeigt, dass diese Arbeiten unbedingt ausgeführt werden müssen. Die Beiträge wur-

den dabei nicht eingerechnet. Ein wesentlicher Punkt ist, dass dieses Geschäft nur wegen der Finanzen so zurückgestuft wird. Dies ist nicht nötig, da alle Arbeiten, welche heute ausgeführt werden günstiger sind, als wenn man dies in 20 Jahren macht. Dies hat ihn dazu bewogen, dass er dem Geschäft mit Variante 2 ohne zusätzliche Dämmmassnahmen nicht zustimmen kann. Eine Komfortlüftung bringt eine echte Qualitätssteigerung. Bei einem vollbelegten Schulzimmer gehen Experten davon aus, dass die Luftqualität innerhalb von 15 Minuten ihr Ablaufdatum erreicht hat. Wenn man Lebensmittel in der Migros kauft, schauen wir immer genau, dass das Ablaufdatum nicht erreicht ist. Aber für die Atemluft unserer Kinder nehmen wir dies in Kauf.

### **Abstimmung**

Der **Rückweisungsantrag** der SP-Fraktion wird mit 12 : 20 Stimmen, bei 1 Enthaltung, **abgelehnt**.

**René Barben (FS):** Spiez ist Energiestadt und Energiesparen ist nicht nur Verpflichtung, sondern eine Selbstverständlichkeit. Insbesondere wenn man weiss, dass das Vorkommen der nicht erneuerbaren Energien (Ressourcen wie Öl oder Gas) in absehbarer Zeit zu Ende gehen werden und wir zusätzlich ein CO<sub>2</sub>-Problem haben. Die FS-Fraktion hat die vorgeschlagenen Varianten nach folgenden drei Gesichtspunkten beurteilt (machbar, sinnvoll und verhältnismässig). Machbar wären alle Varianten. Sinnvoll aber nur Varianten 2 und 3. Verhältnismässig aus Sicht der FS-Fraktion nur Variante 2. Die Sanierung des Gebäudes A ist notwendig und sinnvoll, da die Gebäudehülle in einem schlechten Zustand ist und die Wärmedämmung nicht mehr den heutigen Erfordernissen genügt und dadurch die eingesetzte Energie nicht effizient genutzt werden kann. Mit Variante 2 können jedoch 4'237.8 Liter Heizöl eingespart und der CO<sub>2</sub>-Ausstoss um 12.8 Tonnen reduziert werden. Die Investition von Fr. 1,28 Mio. ist aus Sicht der FS-Fraktion verhältnismässig, auch wenn im Finanzplan nur Fr. 800'000.00 vorgesehen sind (50 % Überschreitung). Die Mehrkosten, welche die Variante 2 verursacht, erachtet die FS-Fraktion als gut investiert, sinnvoll und verhältnismässig. Bei Variante 2 ist das Verhältnis zwischen Investitionskosten zur Energieeinsparung sogar noch etwas besser als bei Variante 3. Im Weiteren wird eine Aktivlüftung in einem Schulhaus als nicht wirklich optimal angesehen. Man kann auch zwischendurch die Fenster öffnen. Die Sanierung gemäss Variante 2 ist sinnvoll und verhältnismässig und man sollte sich nur das leisten, was man auch finanzieren kann. Ein neues, voll ausgerüstetes Schulzimmer kostet heute rund Fr. 1.2 Mio. Also rund gleich viel, wie die vorliegende Sanierung. Die FS-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates betreffend Sanierung Gebäude A, Schulzentrum Längenstein, mit einem Verpflichtungskredit von Fr. 1'280'000.00 (Variante 2).

**Urs Gurtner (FDP):** Nach zahlreichen Sanierungen von Schulgebäuden (Roggern, Spiezmoos, Längenstein) ist die Sanierung des historischen Dorfschulhaus für die FDP-Fraktion unbestritten. Es gibt drei Varianten. Auch für die FDP-Fraktion steht die Minimalvariante 1 nicht zur Diskussion. Variante 3 schneidet im Kosten-/Nutzenvergleich schlecht ab. Bei der Sanierung des Schulhauses Spiezwiler brauchte es zur Erreichung des Minergiestandards noch keine Aktivlüftung. Nach heutigem Minergiestandard braucht es eine solche Lüftung. Bei Neubauten lässt sich eine solche Anlage planen. Bei einem über hundertjährigen Gebäude macht dies kaum Sinn, da der Aufwand sehr gross ist. Man muss sich auch fragen, ob es sinnvoll ist, das äussere Erscheinungsbild denkmalpflegerisch zu erhalten, wenn die Korridore und Schulzimmer mit Aktivlüftungsrohren verschandelt werden. Trotz gutem Rechnungsabschluss 2009 sollten wir bei den Investitionen nicht übermütig werden. Wir wollen die hier eingesparte Million lieber in andere Projekte investieren. Die FDP-Fraktion schliesst sich der Argumentation des Gemeinderates an und wird der Variante 2 zustimmen.

**Marianne Roe (SVP):** Die SVP-Fraktion hat die drei Sanierungsvorschläge angeschaut und durchgerechnet. Eine Minimal-sanierung gemäss Variante 1 kann ausgeschlossen werden, da sie nur optische und keine qualitative Verbesserungen bringen wird. Die SVP-Fraktion hat sich aus folgenden Gründen für die Variante 2 mit einer Energieeinsparung von 30 % entschieden. Die Va-

riante 2 ist baulich und finanziell vertretbar. Die Kosten betragen fast eine Million Franken weniger, als bei Variante 3. Daran würden auch die Fr. 80'000.00 Förderbeiträge sowie die zusätzlichen Fr. 25'000.00 an Baunebenkosten nicht viel ändern. Eine verbesserte Wärmedämmung, die Sanierung des Daches und das Einsetzen neuer Fenster sind Hauptbedingungen für die Berücksichtigung der Variante 2. Mit dieser Variante wird auch der Charakter des Gebäudes erhalten. Wir sind überzeugt, dass die Spiezer auf das 1903 erbaute Schulhaus stolz sind und dessen Aussehen nicht verändern möchten. Bei der Variante 3 würde besonders innen durch das Anbringen von Lüftungskanälen der Charakter stark verändert. Die SVP-Fraktion empfiehlt deshalb, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

**Ursula Zybach (SP):** Die SP-Fraktion stellt den **Antrag**, dass nach der Abweisung des Rückweissungsantrages zusätzlich über die **Variante 3** abgestimmt wird.

**Ernst Hautle (FDP):** Es handelt sich nun um eine ganz neue Ausgangslage. Bernhard Hauck hat vorhin ausgeführt, dass wir keine besonders gute Rechnung haben und kein Grund zur Euphorie besteht. Nun wollen wir auf einmal rund eine Million Franken mehr ausgeben. Dies ist sehr speziell. Gewisse Argumentationen hat er versucht nachzuvollziehen. Es wäre wohl im vorliegenden Fall sinnvoll gewesen, wenn man im Vorfeld mit dem Gemeinderat angeschaut hätte, was möglich wäre. Vielleicht hätte dieser einen anderen Vorschlag unterbreitet. Nun im Eiltempo auf Fr. 2.2 Mio. zu erhöhen ist absolut unverhältnismässig. Im Finanzplan sind nur Fr. 800'000.00 enthalten. Nun will man Fr. 1.4 Mio. mehr bewilligen. Für dieses Geld könnte man fast eine Bibliothek/Ludothek bauen.

### Allgemeine Diskussion

**Peter Beyeler:** Er staunt manchmal auch über das Kurzzeitgedächtnis gewisser Leute. Es sind keine 20 Minuten her, als der GGR über einen Nachkredit von Fr. 3.4 Mio. abgestimmt hat, wahrscheinlich ohne genau zu wissen, was dies genau bedeutet. Nun diskutieren wir über Fr. 1.2 Mio. hin und her. Eine Investition ist keine Ausgabe in der laufenden Rechnung. Eine Investition in die Zukunft bedeutet, dass wir etwas Nachhaltiges erreichen, indem wir ein Schulhaus sanieren.

**Philipp Zimmermann:** Nach dem Votum der FDP-Vertreter hat er seine kleine Wette von vorhin gewonnen. Daniel Lanz hat vorhin bei der Beratung der Gemeinderechnung ausgeführt, dass es bei dieser Finanzlage zwei Möglichkeiten gibt. Entweder investieren oder die Steuern senken. Wir haben nun gesehen, dass die FDP-Fraktion kein Interesse daran hat, in Umweltschutz und Energieverbesserungsmassnahmen zu investieren und will lieber Steuern senken. Er bedauert dies und bittet, dem Antrag der SP-Fraktion zuzustimmen und für die Energiestadt Spiez zu plädieren und den Minergie-Standard für dieses Schulhaus zu wählen.

**Nadja Keiser:** Sie hat zu Variante 3 eine Verständnisfrage. Variante 3 ist rund Fr. 900'000.00 bis Fr. 1 Mio. teurer als Variante 2. Danach wurden Zahlen genannt, wonach eine Komfortlüftung maximal Fr. 100'000.00 kostet. Danach wurde eine andere Zahl genannt, wonach zusätzliche Dämmungen rund Fr. 150'000.00 mehr kosten als bei Variante 2. Diese beiden Zahlen ergeben nicht die Mehrkosten von rund 1 Million Franken. Kann dies jemand beantworten?

**Kurt Frei:** Die Zusatzkosten bei Variante 3 beinhalten Dämmungen im UG/EG und eine Aktivlüftung. Dies entspricht rund Fr. 360'000.00 an Mehrkosten. Die übrigen Mehrkosten betreffen Arbeiten für die Komfortverbesserung.

**Markus Wenger:** Für ihn ist klar, dass bei einer Sanierung dieses Gebäudes am Ende ein Schulhaus im Minergiestandard erreicht werden muss. Etwas anderes ist nicht zeitgemäss und macht auch im Zusammenhang mit der Luftqualität keinen Sinn. Hingegen ist es so, dass es im Bereich

der Altbauten zwei Probleme gibt. Auf Forschungsstufe wird geprüft, ob mit anderen Dämmungen und kleineren Dämmstärken das gleiche Resultat erreicht werden kann. Ein erstes Produkt dämmt gleich gut bei nur noch einem Drittel Dämmstärke. Damit bietet dieses Produkt bei denkmalgeschützten Bauten eine gute Grundlage. Das Produkt ist noch relativ teuer und ist bei den gesundheitlichen Aspekten noch nicht über alle Zweifel erhaben. Ähnlich verhält es sich bei Lüftungen in bestehenden Gebäuden. Es gibt zwei Möglichkeiten. Das eine sind die bereits erwähnten Rohre. Das andere sind Einzelraumlüfter. Diese haben jedoch im Moment noch einen schlechten Wirkungsgrad. Die Erreichung des Minergiostandards kann jedoch bei den zeitlichen Vorgaben nicht mit vernünftigen Kosten erreicht werden. Deshalb macht es Sinn, heute der Variante 2 zuzustimmen, im Sinne einer ersten Etappe. Hingegen muss das Sockelgeschoss später einmal isoliert werden und es braucht in diesem Haus eine kontrollierte Lüftung. Wichtig ist, dass mit Variante 2 nichts verbaut wird und später die zusätzlichen Massnahmen möglich bleiben.

**Daniel Lanz:** Einige merkwürdige Anwürfe von linker Seite haben ihn dazu bewogen, noch etwas zu diesem Geschäft auszuführen. Zu Philipp Zimmermann bemerkt er, dass er vorher zweimal gesagt hat, dass wir bei den zwei Varianten von notwendigen Investitionen gesprochen haben. Wenn Philipp Zimmermann ausführt, die FDP-Fraktion wolle keine Energie sparen, muss er entgegenhalten, dass sich die FDP-Fraktion dafür einsetzt für rund Fr. 1.3 Mio. ein Schulhaus zu sanieren und dabei 30 % Energie einzusparen. Peter Beyeler hat wohl vorhin auch eher einen Witz gemacht, als er ausführte, dass man bei der Gemeinderechnung nicht recht wusste, wofür die Nachkredite genau ausgegeben werden. Es ging dabei nur um Abschreibungen und nicht um Mehrausgaben. Die FDP-Fraktion ist nach wie vor der Ansicht, dass die Variante 2 richtig ist und hält daran fest.

**Marianne Roe:** Sie möchte noch darauf hinweisen, dass in 10 bis 20 Jahren nicht mehr nur mit teurer Energie geheizt werden muss. Vielleicht gibt es bis dann noch effizientere Solarenergie. Die Forschung macht jährlich Fortschritte. Deshalb sollten wir die heutigen Energiequellen nicht auf die nächsten 100 Jahre berechnen. Mehr Einsparungen wären möglich, wenn ein grosses Solarprojekt auf einem Nebengebäude gestartet würde. Mit einer zusätzlichen Investition von rund Fr. 100'000.00 könnte man bereits einen beträchtlichen Teil des heutigen Energieverbrauchs einsparen. Diese Lösung wäre immer noch Fr. 800'000.00 günstiger als bei Variante 3. Als Energiestadt könnte man sich diese Lösung überlegen. Mit einer Lüftung kann man nie das Klima erreichen, wie dies mit dem Öffnen der Fenster möglich ist.

**Urs Gurtner:** Für ihn war von Anfang an klar, dass die Grünen und die SP mit der Maximalforderung kommen werden. Wenn man sich, wie die Grünen, das Energiesparen, koste es was es wolle, auf die Fahne schreibt, ist dies logisch und legitim. Die SP ist bekanntlich immer dabei, wenn es ums Ausgeben geht. Er bildet sich nicht ein, die Grünen oder die SP umstimmen zu können. Aber er geht davon aus, dass es hier im Rat auch Leute gibt, welche nicht alles durch die „Grüne Brille“ sehen und die Sachlage differenziert betrachten. Zugegeben 22 % mehr Energieeinsparung tönt gut. Man muss sich aber fragen zu welchem Preis. Fr. 2'000.00 Energie einsparen in einem Jahr bei einer Million Franken Mehrkosten tönt nicht gut und ist unverhältnismässig. Zur Aktivlüftung kann ausgeführt werden, dass diese Strom benötigt. Die Grünen werden angefragt, ob wir in Zukunft ohne zusätzliche Kernkraftwerke genügend Strom haben werden. Vielleicht bringen die neuen Solarzellen die Lösung. Wenn man aber das Wetter draussen anschaut, ist auch dies nicht sicher. Verzichten wir auf eine unverhältnismässige Investition und sparen wir die Million lieber für eine neue Bibliothek oder andere Vorhaben.

**Dani Brügger:** Er stellt den **Antrag**, dass bei der Variante 2 der Kredit um **Fr. 250'000.00 erhöht** wird, damit die nötigen Massnahmen gemäss Variante 3 realisiert werden können.

**Franz Arnold:** Es ist unseriös, einfach den Kredit mit einem Betrag zu erhöhen. Wenn man dem Gemeinderat sagt, er soll eine detailliertere, genauere und differenziertere Vorlage ausarbeiten, könnte man eher damit leben. Aber der Antrag von Dani Brügger geht eher nicht in diese Katego-

rie; er ist jedoch legitim. Er kann sich erinnern, als er 1992 zum ersten Mal hier im Rat war, als es um eine EDV-Beschaffung ging. Der Gemeinderat unterbreitete einen Kredit von Fr. 250'000.00. Dann kam ein Antrag, Fr. 100'000.00 seien genug und dieser wurde genehmigt. Dies hat nicht wirklich zur Lösung des EDV-Problems beigetragen. Der Gemeinderat hat klar zu drei Varianten Stellung bezogen. Eine Differenzierung welche klar und angemessen ist. Die GPK hat das Geschäft geprüft und die Argumentationen wurden vorgetragen. Der letzte Antrag ist deshalb nicht ganz seriös.

**Dani Brügger:** Er hätte das Geschäft auch lieber zurückgewiesen. Dies scheint aber nicht möglich zu sein. Er geht davon aus, dass der Gemeinderat mit den Fr. 250'000.00 sorgfältig umgehen wird und es weniger kosten wird. Dieses Vertrauen hat er in den Gemeinderat.

**Franz Arnold:** Welche Massnahmen und Arbeiten soll der Gemeinderat mit den Fr. 250'000.00 ausführen?

**Dani Brügger:** Es handelt sich um Dämmmassnahmen im UG und EG von Fr. 145'000.00. Wahrscheinlich muss man noch etwas anmalen.

#### **Abstimmung 1**

- Auf den **Antrag der SP-Fraktion**, Variante 3 ausführen zu lassen **entfallen 10 Stimmen**
- Auf den **Antrag Dani Brügger**, Variante 2+ (+ Fr. 250'000.00) **entfallen 4 Stimmen**

#### **Abstimmung 2**

- Auf den **Antrag der SP-Fraktion**, Variante 3 ausführen zu lassen **entfallen 10 Stimmen**
- Auf den **Antrag des Gemeinderates**, Variante 2 ausführen zu lassen **entfallen 23 Stimmen**

**Beschluss** (mit 27 : 3 Stimmen, bei 3 Enthaltungen)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 39 der Gemeindeordnung

b e s c h l i e s s t :

1. Dem Projekt Sanierung Gebäude A des Schulzentrums Längenstein wird zugestimmt.
2. Es wird ein Verpflichtungskredit von Fr. 1'280'000.00 zulasten der Investitionsrechnung bewilligt.
3. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum gemäss Art. 31 der Gemeindeordnung.
4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.
5. Nach Abschluss der Bauarbeiten ist die Kreditabrechnung dem Grossen Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegen.

## 115 8.425 Landverkäufe Gemeindeparzellen-Nrn. 566/490, Gwattstutz / Verkauf

### Ausführungen des Gemeinderates

**Kurt Frei:** Die beiden Parzellen, welche zum Verkauf stehen, sind seit 1972 im Besitz der Gemeinde. Diese wurden dem früheren Eigentümer abgekauft und sind der Gemeinde nicht geschenkt worden. Für gemeindeeigene Bauten sind die beiden Parzellen eher nicht geeignet. In diesem Gemeindegebiet besteht auch kein entsprechendes Bedürfnis. Das Interesse an den Grundstücken hält sich bisher noch im Rahmen. Aber es gilt festzuhalten, dass die Gemeinde bisher noch nicht aktiv am Markt aufgetreten ist.

### Stellungnahme der GPK

**Theres Indermühle:** Warum die beiden Parzellen im Gemeindebesitz sind, kann wohl damit begründet werden, dass der Kanton beabsichtigte die Kantonsstrasse auszubauen. Die Gemeinde hat keine Verwendung für dieses Land. Dieses wird landwirtschaftlich genutzt und wirft einen sehr bescheidenen Pachtzins ab. Nun ist offenbar ein unbekannter Interessent aufgetaucht, welcher auf diesen beiden Grundstücken zwischen Bahn und Strasse einen Gewerbebetrieb realisieren will. Das Land wird selbstverständlich öffentlich ausgeschrieben und sollten sich wider erwarten mehrere Interessenten melden, dem Meistbietenden verkauft. Die GPK empfiehlt dem GGR, den Antrag des Gemeinderates zu genehmigen.

### Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten.

### Fraktionssprecher

**Peter Kislig (SVP):** Letzten Samstag konnte dem Berner Oberländer entnommen werden, dass man nicht recht wisse, wie die Gemeinde in den Besitz der beiden Parzellen kam. Er hat nachgeforscht und von einem ehemaligen Besitzer dieser Liegenschaften erfahren, dass die Gemeinde das Land gekauft habe, da man seiner Zeit die Bahnunterführung ausbauen wollte. Aus Sicht der SVP-Fraktion steht dem Verkauf dieser beiden Parzellen nichts im Weg. Der Preis von Fr. 200.00 pro m<sup>2</sup> ist angemessen. Das Land befindet sich nicht unbedingt an bester Lage. Als Bäuervertreter führt er aus, dass vor rund 10 Jahren zur Diskussion stand, dass man vom Bahnweg her, eine Fussgängerunterführung realisiert. Diese Unterführung wurde rund 200 m weiter oben erstellt. Somit kann man mit einem kleinen Umweg die Bushaltestelle gut erreichen und man tut gleichzeitig noch etwas für die Gesundheit. Die SVP-Fraktion kann deshalb diesem Verkauf zustimmen.

**Martin Fink (FS):** Anwohner haben mehrfach bemerkt, dass Fussgänger, vor allem Kinder, vom Bahnweg vielfach direkt die Kantonsstrasse bei der gefährlichen und unübersichtlichen Unterführung überqueren. Die FS-Fraktion spricht sich für den Verkauf der Parzellen aus, möchte jedoch einbringen, dass die Gemeinde zusammen mit dem Kanton, die Fussgängerführung bei der Unterführung überdenkt und Massnahmen zur Sicherung vor dem Verkauf vorsieht.

### Allgemeine Diskussion

**Marianne Roe:** Die Parzellen Nrn. 566 und 490 am Gwattstutz befinden sich nicht an bester Lage, jedoch kann bahnseitig ein Streifen für Fussgänger benutzt werden. Ein Fussgängerdurchgang in den Bahnweg wurde jeweils mit der Begründung von zu hohen Kosten abgelehnt. Bei diesen Ab-

klärungen wurde jeweils von einer Unterführung gesprochen, welche selbstverständlich zu teuer ist. Eine einfache Röhre sei nicht schön, hat man dagegen gehalten Die Bewohner am Gwattstutz möchten aber nicht mehr, als einen solchen, einfachen Durchgang, damit sie sich nicht beim Überqueren der Kantonsstrasse nur auf das Gehör verlassen müssen. Auf beiden Seiten gibt es aufgrund der Kurven keine Übersicht. Es ist ein Wunder, dass bisher keine Unfälle zu verzeichnen waren. Den Umweg über den vorhandenen Steg benutzen jedoch die wenigsten um zur Busstation zu gelangen. Der Steg wurde erstellt um an die frühere Bahnhaltestelle Gwattstutz zu gelangen. Mit einem Kinderwagen oder einem Rollstuhl kann man über diesen Weg nicht zur Busstation gelangen. Dies ist unmöglich. Kinder mit dem Fahrrad überqueren die Kantonsstrasse zum Teil halbrecherisch. Früher gab es entlang dem Bahnweg einen Bahnübergang. Dieser wurde geschlossen. Für diesen Bahnübergang sollte unbedingt eine Ersatzlösung erstellt werden. Der Gemeinderat wird gebeten, die notwendige Fläche für einen Durchgang zum Bahnweg sicherzustellen. Die benötigte Fläche ist sicher sehr klein. Damit kann eine zukünftige Planung sichergestellt werden.

### **Beschluss** (einstimmig)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 40 a) der Gemeindeordnung

b e s c h l i e s s t :

1. Die Gemeindeparzellen Nrn. 566 und 490, Gwattstutz, werden zu einem Mindestverkaufspreis von Fr. 200.00 pro m<sup>2</sup> verkauft.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt und ermächtigt, die Kaufverträge abzuschliessen.

## **116 4.800 Abwasseranlagen Allmendweg / Ausbau Sauberwasserkanalisation, Kreditabrechnung**

### **Ausführungen des Gemeinderates**

Seitens des Gemeinderates werden keine Ergänzungen angebracht.

### **Stellungnahme der Sachkommission Bau**

**Godi Bärtschi:** Die Sachkommission Bau hat die Abrechnung geprüft und ist zum Schluss gekommen, dass das Ziel des Projektes erreicht wurde. Das Stauwasser wird gefasst und dem Vorfluter zugeführt. Die Abrechnung schliesst rund Fr. 36'000.00 unter dem Kostenvoranschlag ab. Den Verantwortlichen wir für die umsichtige Planung und Bauleitung bestens gedankt.

### **Eintreten**

Das Eintreten ist unbestritten.

### **Fraktionssprecher / Allgemeine Diskussion**

Keine Wortmeldungen.

**Beschluss** (einstimmig)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 40 g) der Gemeindeordnung

b e s c h l i e s s t :

Die Kreditabrechnung betreffend Ausbau Sauberwasserkanalisation Allmendweg, Faulensee, mit Aufwendungen von Fr. 263'481.05 wird genehmigt.

## **117 4.800 Abwasseranlagen Trennsystem Bürgquartier / 1. Etappe, Kreditabrechnung**

### **Ausführungen des Gemeinderates**

**Klaus Brenzikofer:** Der im Kostenvoranschlag vorgesehenen Posten „Unvorhergesehenes“ musste nicht beansprucht werden. Dieser wurde aufgenommen, da man bei früheren Horizontalbohrungen schlechte Erfahrungen gemacht hat. Neu wurden Sondierbohrungen vorgenommen, um die Bodenbeschaffenheit zu prüfen. Für die Bohrung konnte so sichergestellt werden, dass keine Hindernisse (Findlinge etc.) im Weg sind. Diese Methode hat sich bewährt und wird auch in Zukunft so erfolgen. Mit relativ grosser Sicherheit können so unvorhergesehene Bodenbeschaffenheiten ausgeschlossen werden. Bei zukünftigen Projekten muss im Kostenvoranschlag nicht mehr ein so hoher Betrag „Unvorhergesehenes“ mehr aufgenommen werden.

### **Stellungnahme der Sachkommission Bau**

**Daniel Lanz:** Man hat die richtigen Lehren aus dem Projekt Schachenstrasse - Grubweg gezogen und vorgängig Rammsondierungen vorgenommen. Beim vorliegenden Projekt wurde auch eine Haftpflichtversicherung abgeschlossen. Die Mehrkosten bei den Ingenieurkosten sind auf die Sondierungen zurückzuführen. Er warnt davor bei zukünftigen Projekten das „Unvorhergesehene“ wegzulassen. Im Tiefbau können immer unvorhergesehene Ereignisse auftreten. Die Abrechnung kann jedoch als positiv und erfolgreich bezeichnet werden.

### **Eintreten**

Das Eintreten ist unbestritten.

### **Fraktionssprecher / Allgemeine Diskussion**

Keine Wortmeldungen.

**Beschluss (einstimmig)**

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 40 g) der Gemeindeordnung

b e s c h l i e s s t :

Die Kreditabrechnung betreffend Trennsystem Bürgquartier, 1. Etappe, mit Aufwendungen von Fr. 326'950.10 wird genehmigt.

## **118 1.401 Gemeindepräsident Informationen des Gemeindepräsidenten**

### **Regionalkonferenz Thun-Oberland West / Ablehnung**

**Franz Arnold:** Bei den vorgesehenen Aufgaben der neuen Regionalkonferenz konnte man davon ausgehen, dass dieses Projekt bei der Abstimmung eine Mehrheit finden könnte. Die Gemeinde Spiez ist aktiv im Wirtschaftsraum Thun und TIP vertreten. Im August 2010 wird eine nächste Sitzung stattfinden. Man wird das weitere Vorgehen gestützt auf das Abstimmungsergebnis besprechen.

### **AHV-Zweigstelle – Auslagerung**

Am gleichen Wochenende fand auch die Abstimmung über die Auslagerung der AHV-Zweigstelle Spiez an die AHV-Zweigstelle Thun statt. Diesem Vorhaben wurde im Verhältnis 2 : 1 zugestimmt. Der Gemeinderat ist nach wie vor überzeugt, dass es sich um einen richtigen Schritt handelt. Es ist schade, dass der Regionalkonferenz nicht zugestimmt wurde, da die Räumlichkeiten der AHV für die Geschäftsstelle der Regionalkonferenz ideal gewesen wären. Es kann sein, dass die AHV-Zweigstelle bereits einen oder zwei Monate früher ausgelagert werden muss. Entsprechende Kontakte mit dem Leiter der AHV-Zweigstelle Thun laufen. Der GGR wird nach Bedarf über den weiteren Verlauf informiert.

### **Stellenausschreibung Bauverwalter**

Durch die Kündigung von Heinz von Gunten musste die Stelle des Bauverwalters neu ausgeschrieben werden. Der Stellenmarkt ist ausgetrocknet und es sind nur sehr wenige Bewerbungen eingegangen. Immerhin handelt es sich um qualifizierte Bewerbungen. Der Gemeinderat wird raschmöglichst einen Entscheid fällen, damit keine Vakanzen bei der Bauverwaltung eintreten.

### **Oberländisches Krankenhaus (Anzahl Einsprachen, laufende Einigungsverhandlungen)**

Das Oberländische Krankenhaus will für seinen Neubau rund 50 - 60 Mio. Franken investieren. Es handelt sich um eine wichtige Einrichtung für die Gemeinde Spiez und die Region. Es ist unbestritten, dass der Sanierungsbedarf mehr als dringend ist. Für das Projekt wurde das Baubewilligungsverfahren eingeleitet. Auf die Publikation hin, sind rund 37 Einsprachen eingegangen. Zur Zeit sind die Einigungsverhandlungen im Gang. Es muss mit den betroffenen Anwohnern nach Lösungen gesucht werden. Beim Neubau muss jedoch für die Anwohner mit Dreck, Lärm und Mehrverkehr gerechnet werden.

### **Ortsplanungsrevision (Mitwirkungsverfahren)**

Für die Ortsplanungsrevision wurde das Mitwirkungsverfahren gestartet. Dieses dauert bis am 31. August 2010. Auskünfte werden durch die Bauverwaltung erteilt. Es finden diverse Orientierungsveranstaltungen und Sprechstunden zu diesem Thema statt. Die Termine werden publiziert und im SpiezInfo veröffentlicht.

## **Oberes Kandergrien**

Das Obere Kandergrien ist ein Gebiet von rund 130'000 m<sup>2</sup>. Die Eigentümer haben das Begehren gestellt, eine Nutzungsänderung vorzunehmen. Im Rahmen der Projektarbeit wurde ein Informationskonzept erstellt. Gestützt darauf hat am 16. Juni 2010 eine Informationsveranstaltung in der Créabeton stattgefunden. Die GGR-Vertreter aus Einigen waren an dieser Veranstaltung anwesend. Allgemein wurde sehr gut aufgenommen, dass bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt über dieses Projekt informiert wurde. Die Nutzungsumwandlung wird in einer separaten Volksabstimmung zu behandeln sein und ist nicht Bestandteil der Ortsplanungsrevision.

## **Behörden- und Verwaltungsorganisation / Mitwirkungsverfahren**

Das Mitwirkungsverfahren über die Behörden- und Verwaltungsorganisation ist abgelaufen. Die Unterlagen werden nun dem Gemeinderat zum Entscheid vorgelegt. Die Behandlung im GGR erfolgt in einer ersten Lesung am 13. September 2010.

## **Gigathlon / Wechselzone Bucht Spiez vom 11. Juli 2010**

Am 11. Juli 2010 wird in der Bucht Spiez die Wechselzone des diesjährigen Gigathlons sein. Es handelt sich um einen Anlass, welcher eine grosse Resonanz bringt. Es ist auf schönes Wetter zu hoffen.

## **Verkauf Gemeindeligenschaften Gygerweg 39/41**

Die Gemeindeligenschaften Gygerweg 39/41 wurden letzte Woche verschrieben. Der Verkaufspreis beträgt Fr. 4.95 Mio. Es handelt sich um den letzten Liegenschaftsverkauf.

## **119 1.304 Einfache Anfragen Uferweg Einigen / EA M. Roe-Zurbuchen (SVP)**

### **Ausführungen des Gemeinderates**

Der Gemeinderat verzichtet auf weitere Ausführungen.

**Marianne Roe** zeigt sich von der Antwort des Gemeinderates befriedigt.

## **120 1.304 Einfache Anfragen Wärmeverbund Spiez / EA W. Holderegger (SP)**

### **Ausführungen des Gemeinderates**

**Stefan Kocherhans:** Walter Holderegger hat in seiner Einfachen Anfrage ausgeführt, dass der Fernwärmeverbund ein Jahrhundertbauwerk wie die ARA oder die Wasserversorgung sei. Diese Aussage muss ein wenig relativiert werden. Bei einem Jahrhundertbauwerk wie der ARA sind fast alle Haushaltungen angeschlossen. Bei der Wasserversorgung geht man davon aus, dass alle Haushaltungen angeschlossen sind. Beim Fernwärmeverbund wird dies nicht der Fall sein. Es handelt sich um ein wichtiges und für den Umweltbereich gar um ein sehr wichtiges Projekt, aber nicht um ein Jahrhundertbauwerk. Die sieben in der Einfachen Anfrage aufgeworfenen Fragen wurden vom Gemeindepräsidenten anlässlich der GGR-Sitzung vom 26. April 2010 zum Teil bereits unter dem Traktandum Informationen des Gemeindepräsidenten beantwortet. Zur Frage 1 kann ergänzt werden, dass der Gemeindepräsident an der letzten GGR-Sitzung ausgeführt hat, dass rund 1/3 der Energie aus der Gasturbine kommen werde. In der schriftlichen Beantwortung

steht nun, dass dies 17 % sein werde. Der Widerspruch kommt daher, dass bei der Aufnahme des Betriebes des Fernwärmeverbundes deutlich weniger Gas verwendet werden muss und dies von Jahr zu Jahr steigen wird. Deshalb beträgt der Durchschnitt der ersten sechs Jahre 17. %. Zu Frage 2 kann ausgeführt werden, dass sich grosse Bauten besser eignen als Einfamilienhäuser. Weit entfernte Häuser können zum Teil nicht angeschlossen werden. Das Krankenhaus und das Beo-Center sind interessierte Abnehmer und die Gemeinde hat ebenfalls zugesichert, die Gemeindeliegenschaften dem Wärmeverbund anzuhängen. Zu den Fragen 3 und 4 gibt es keine Ergänzungen anzubringen. Fragen 5 und 6: Der Gemeinderat hat entschieden, sich an einer Projektgesellschaft mit Fr. 40' - 50'000.00 zu beteiligen. Die Machbarkeitsstudie hat aufgezeigt, dass ein Fernwärmeverbund Spiez realisiert werden kann. Jetzt geht es darum, die Kunden zu akquirieren, das Planen des Leitungsnetzes, das Durchführen des Baubewilligungsverfahrens und Durchleitungsrechte zu sichern etc. Wenn genügend Kunden einsteigen, wird nach der Baubewilligung eine Betriebsgesellschaft gebildet. Zur Zeit ist der Gemeinderat der Ansicht, sich nicht an der Betriebsgesellschaft zu beteiligen. Frage 7: Vor Kurzem gab es ein Reaudit zum Label Energiestadt. Die Gemeinde Spiez erhielt dabei gute Noten. Die Verantwortlichen des Labels Energiestadt sowie die Planer des Energierichtplans beurteilen das Vorgehen als gut und zukunftssträftig. Herr M. Rothen, Büro Hesse+Schwarze+Partner Ingenieure hat zum Wärmeverbund wie folgt Stellung genommen: „Die vorgeschlagene Variante – als Ergebnis der Machbarkeitsabklärungen – beinhaltet eine untergeordnete Ergänzung der Altholz-/ Restholzfeuerung durch eine Mikrogasturbine. Es ist anzuerkennen, dass bivalente Systeme erheblich zu einer hohen Versorgungssicherheit beitragen. Anlagen auf Basis Öl oder Erdgas bieten zudem den Vorteil der beinahe uneingeschränkten Regelungsmöglichkeit, was für einen rationellen und damit umweltverträglichen wie wirtschaftlichen Betrieb eines solchen Verbundsystems essentiell ist (vgl. unterschiedlicher Wärmebezug Sommer / Winter im Verhältnis 1:3). Die Art und Weise des vorgesehenen Einsatzes fossiler Energie ist im vorliegenden Falle als vorbildlich zu bezeichnen (wärmegeführte Verstromung, d.h. unter restloser Nutzung/ Einspeisung der bei der Verstromung anfallenden Abwärme).“ In der Gemeinde Spiez werden 85 % aller Haushalte mit Öl geheizt. Dies ist im schweizerischen Durchschnitt ein sehr hoher Anteil. In Interlaken ist dies bedeutend tiefer, da dort ein Gasnetz in Betrieb ist. Richtigerweise werden die Nitrochemie und das Labor Spiez an eine Heizzentrale angehängt. Diese ist bereits bewilligt und befindet sich im Bau. Eine Heizzentrale in der Nähe des Zentrums wäre nicht gesichert gewesen. Man hat verschiedene Standorte geprüft (z. B. Angolder oder Parkplatz Neumatte). Man kann sich vorstellen, welche Opposition ein solches Projekt ausgelöst hätte. Beim Parkplatz Neumatte hätte der gesamte Parkplatz für eine Heizzentrale mit Holzlager zur Verfügung gestellt werden müssen. Dies hätte sicherlich Einsparungen der Anwohner aus dem Neumattequartier ausgelöst. Folgende Einsparungen können mit dem Wärmeverbund Spiez erzielt werden:

### Heizöl

Zone Krankenhaus/Zentrum	350'000 Liter
Beo-Center/Räumli	290'000 Liter
BLS/Bürg	550'000 Liter
Gemeindeliegenschaften	86'000 Liter
Nitrochemie/Labor Spiez	2'214'000 Liter

**Total 3'490'000 Liter**

### CO2-Einsparung

Zone Krankenhaus/Zentrum	950'000 kg
Beo-Center/Räumli	800'000 kg
BLS/Bürg	1'430'000 kg
Gemeindeliegenschaften	205'000 kg
Nitrochemie/Labor Spiez	5'500'000 kg

**Total 8'885'000 kg**

Eine der grössten Schnitzel-Heizzentralen wurde am 20. März 2009 in Saanen offiziell eingeweiht. Die Zentrale beherbergt zwei Holzkessel mit einer Gesamtleistung von 7'400 kW. Sie wird im End-

ausbau jährlich 47'000 Kubikmeter Holzschnitzel in hochwertige Wärmeenergie umwandeln und über ein Wärmenetz von mehreren Kilometern Länge rund 150 Liegenschaften in Saanen und Gstaad mit Wärme versorgen. Etwa die Hälfte der angeschlossenen Gebäude sind so genannte „Schlüsselkunden“ (Hotels und öffentliche Liegenschaften mit grossem Verbrauch), die andere Hälfte besteht aus kleineren Wärmebezügern. Bauherrin und Betreiberin der Anlage ist die Elektra Baselland EBL aus Liestal.

Zusammen mit lokalen Partnern planen die sol-E Suisse AG und die Elektrizitätswerk Grindelwald AG – beides Tochtergesellschaften der BKW FMB Energie AG, ein Holzheizwerk mit einer Spitzenleistung von 6000 Kilowatt. Für die Projektierung wurde die Gesellschaft Holzwärme Grindelwald AG gegründet.

Beteiligungen	sol-E Suisse AG
	Elektrizitätswerk Grindelwald AG
	Gemeinde Grindelwald
	Handwerker- und Gewerbeverein Grindelwald
	Hotelierverein Grindelwald

Damit werden pro Jahr rund 1.6 Mio. Liter Heizöl sowie 4'300 Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart. Die voraussichtlichen Investitionskosten betragen Fr. 17 Mio. und die Inbetriebnahme erfolgt ab September 2010.

Ein weiterer Wärmeverbund ist ebenfalls in Gsteig geplant. Dieser wird ebenfalls durch die EBL betrieben und es müssen 70 % der Haushalte angehängt werden, bevor dieser realisiert wird.

Die Wärmeversorgung Wilderswil (AVARI) hatte zu Beginn etwas Mühe Kunden zu gewinnen. Als jedoch das Hotel Victoria Jungfrau entschied, sich dem Wärmeverbund anzuhängen, gab es auf einmal mehr Interessenten. Wenn man die Leute überzeugen kann, dass der Spiezer Wärmeverbund realisiert werden kann, dann ist eine genügende Abdeckung und die Wirtschaftlichkeit gegeben. Stehen wir positiv hinter diesem Projekt und überzeugen die Leute.

**Walter Holderegger** dankt für die Antwort des Gemeinderates. Es ist nur mühsam, dass man entsprechende Zahlen erst nach mehrmaligem Nachfragen erhält.

## 121 1.304 Einfache Anfragen

### Geschäftsbeziehungen zu Grossbanken / EA Ph. Zimmermann (GS)

**Philipp Zimmermann:** Brady Dougan, CEO der Crédit Suisse, hat letztes Jahr ein Salär von 91 Millionen Schweizer Franken bezogen. Er verdient damit über 1800 Mal mehr als die am schlechtesten bezahlte Mitarbeiterin seiner Bank. Auch die Lohnschere bei der UBS hat sich trotz wiederholten staatlichen Rettungsaktionen wieder deutlich erhöht – von einem Verhältnis 1:51 auf mindestens 1:190. Diese krassen Lohnverhältnisse in den beiden Grossbanken schockierten die schweizerische Öffentlichkeit in den letzten Monaten und Jahren wiederholt.

Beide Banken waren offensichtlich während Jahrzehnten in dubiose und – zumindest im Fall der UBS – illegale Geschäfte mit SteuerbetrügerInnen aus der ganzen Welt verstrickt. Dass sie dabei die Vermögen von Kriminellen, Kriegsverbrechern und Diktatoren aus der ganzen Welt verwalten und schützen, scheint die Grossbanken nicht weiter zu stören. Das Verhalten der mit Volksvermögen geretteten UBS zeugt auf jeden Fall von wenig Einsicht.

Die beiden Banken verhalten sich gegenüber der Öffentlichkeit und Gesellschaft beispiellos arrogant. Die überrissenen Löhne der Topkader und die krassen Lohnschere gefährden zunehmend den sozialen Zusammenhalt. Diese Politik ist von Verantwortungslosigkeit und Gleichgültigkeit gegenüber unserem Land und der Welt geprägt. Die öffentliche Hand kann dieses unethische Verhalten der Grossbanken nicht länger tolerieren.

Einige Gemeinden wie zum Beispiel Uetendorf, haben deshalb entschieden, ihre Geschäftsbeziehungen zu UBS und CS auszusetzen, solange diese eine Vergütungspolitik betreiben, die von normalen Menschen nicht verstanden wird.

#### **Auf die Gemeinde Spiez bezogen, stellen sich folgende Fragen:**

1. Wendet die Gemeinde Spiez hinsichtlich ihrer Geschäftsbeziehungen zu Banken irgendwelche ethische oder volkswirtschaftlich-politische Kriterien an, oder entscheiden nur unmittelbare finanzpolitische Überlegungen?
2. Welche Geschäftsbeziehungen bestehen aktuell zwischen der Gemeinde Spiez und den Grossbanken UBS und Crédit Suisse?
3. Gibt es eine Strategie, um die Gemeinde Spiez von den Grossbanken, deren jährlicher Umsatz weit über dem schweizerischen BIP liegt, unabhängig zu machen und somit von einem Klumpenrisiko zu befreien?
4. Wird der Gemeinderat Schritte einleiten, um den Gemeinden, welche sich gegen die unethische Geschäftspolitik der Grossbanken wehren, den Rücken stärken? Wird der Gemeinderat konkret die Geschäftsbeziehungen zu Banken, welche übermässig grosse Lohnscheren aufweisen und/oder trotz Verlusten und Staatshilfe Boni auszahlen, einstellen?

Die Einfache Anfrage wird anlässlich der nächsten Sitzung behandelt.

## **122 1.304 Einfache Anfragen**

### **Regionalkonferenz Thun-Oberland West / EA Th. Indermühle (FS)**

**Theres Indermühle:** Am vorletzten Wochenende wurde eine Regionalkonferenz Thun-Oberland West von einer Mehrheit der betroffenen Gemeinden abgelehnt. Immerhin hat Spiez deutlich zugestimmt. Zudem hat eine Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in der Region Thun-Oberland West ebenfalls zugestimmt.

Im Augenblick ist es noch nicht möglich, das Gebiet in eine Region Thun und eine zweite Region Kandertal, Simmental und Saanenland aufzuteilen. Regierung und Parlament müssen diesen Schritt absegnen. Aber die Lösung würde zu weniger grossen Gebilden führen. Wie der Journalist Peter Rothacher am Montag im Berner Oberländer bemerkte, wäre dies wohl ein gangbarer Weg für die Region Kandertal, Simmental und Saanenland mit Spiez als Zentrum. Peter Rothacher hielt fest, dass Spiez den meisten betroffenen Gemeinden wahrscheinlich Stadt genug wäre.

Ist der Gemeinderat bereit, Schritte zu unternehmen, damit bei den kantonalen Behörden die Aufteilung der Region in Thun und Umgebung und Oberland West ernsthaft geprüft wird?

#### **Stellungnahme des Gemeinderates**

**Franz Arnold:** Spiez ist nicht nur besonders schön und zentral gelegen, sondern auch ein besonderer Fall. Die Leute sind sehr stark nach Thun ausgerichtet. Gemäss Bundesamt für Statistik ist Spiez Agglomerationsbereich der Stadt Thun als kantonales Zentrum. Spiez ist Mitglied im Wirtschaftsraum Thun und der Planungsregion Thun-Innertport (TIP). Dies sind Fakten, welche bei der Betrachtung der Regionalpolitik ein gewisses Gewicht haben. Die Täler haben angedeutet (vor allem das Simmental), dass Spiez ein Zentrum sein könnte. Dies tönt zwar verlockend, betrachtet man jedoch die Realität, sieht man, dass Spiez gemäss Bundesamt für Statistik kein Zentrum ist. Das Risiko besteht darin, dass Spiez die Arbeit für die Täler ausführt und bei Sachfragen von den Talschaften überstimmt würde. Man muss sehr genau hinschauen, wenn man zu einem solchen „Deal“ Ja sagen würde. Es gilt die Verflechtung mit Thun zu betrachten aber auch unsere Beziehungen zu den beiden Talschaften (Kander- und Simmental). Spiez muss aufpassen, nicht aufge-

riegen und ausgespielt zu werden. Der Kanton machte zuerst den Vorschlag, dass Spiez Doppelmitglied wird und in einer Regionalkonferenz und einer Unterkonferenz Beiträge bezahlt. Dieser Vorschlag wurde jedoch rasch verworfen. Er ist nach wie vor Mitglied des strategischen Lenkungsausschusses und wird die Interessen der Gemeinde Spiez vertreten. Die Mehrheit der Gemeinden haben sich gegen eine Regionalkonferenz mit Unterkonferenzen ausgesprochen. Bei dieser Lösung hätte man keine Regionalkonferenz bilden müssen und die bisherige Lösung beibehalten müssen, da sich nichts geändert hätte (Aufteilung Kander-, Simmental und Region Thun-Innertport). Dies hätte dazu geführt, dass die Regionalkonferenz Thun-Oberland West ein wenig ein unmögliches Gebilde darstellt, aber es wäre ein mögliches Gefäss gewesen, eine zukunftsgerichtete Form des Zusammenwirkens und damit gegenüber dem Kanton ein wesentlich grösseres Gewicht zu haben. Diese Diskussionen werden weitergehen. Bei der allfälligen Bildung von Unterkonferenzen muss sich Spiez sehr gute Überlegungen anstellen.

**Theres Indermühle** zeigt sich von der Antwort des Gemeinderates befriedigt.

### **123 1.304 Einfache Anfragen Kultur Legi Spiez / EA A. Bürki (EVP)**

**Andreas Bürki:** Anfang Juni 2010 konnte der Pressen entnommen werden, dass der Gemeinderat von Spiez beschlossen hat, den KulturLegi-Besitzern auf Einzeleintritten ins Freibad/Seebad Spiez eine Ermässigung von 30% zu gewähren. Damit bietet die Einwohnergemeinde Spiez den sozial benachteiligten Menschen die minimalste Vergünstigung an, die im Rahmen der KulturLegi von Angebotspartnern als sinnvoll akzeptiert wird und gleichzeitig die minimalste Vergünstigung aller Bäder mit KulturLegi-Rabatt zwischen Spiez und Bern. Als Initiant der Spiezer KulturLegi hat ihn dieser Entscheid im Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung enttäuscht und er hofft, dass er nicht endgültig ist.

#### **Erläuterungen**

Am 15. September 2008 hat der GGR eine Motion „Kultur, Sport und Bildung für alle“ mit grossem Mehr überwiesen und der Verwaltung den Auftrag zur Einführung der KulturLegi erteilt. Im März 2010 wurde das Projekt KulturLegi in Spiez den interessierten Angebotspartnern vorgestellt. Bis heute haben sich rund 20 Spiezer Institutionen bereit erklärt, auf ihren Angeboten für die Legi-Besitzer Ermässigungen zu gewähren; die Mehrzahl mit 50 und mehr Prozent. Darunter sind viele private Anbieter, denen er an dieser Stelle bestens dankt. Die Übersicht ist übrigens unter [www.kulturlegi.ch/bern](http://www.kulturlegi.ch/bern) abrufbar.

Mit dem Freibad/Seebad Spiez betreibt die Einwohnergemeinde einen klassischen Treffpunkt für Sport, Freizeit und Erholung, der die Ziele der KulturLegi vorzüglich erfüllen kann. Unsere Badi ermöglicht den sozial benachteiligten Spiezern kostengünstige Ferien; zwar nicht, an der „Côte d'Azur“, aber „in der schönsten Bucht Europas“ vor der Haustüre. Für diese Menschen ist die Badi zudem ein idealer Ort, wo soziale Integration gelebt und Kontakte gepflegt werden können. Das sind die Hauptziele der KulturLegi.

Er hat den Eindruck, dass andere Bäder bzw. Gemeinden entlang der Aare dies begriffen haben: In der Berner Freibädern Marzili, Weyermannshaus, Wyler und Lorraine besteht freier Eintritt für alle. Im Thuner Strandbad und im Flussbad Schwäbis geniessen KulturLegi-Besitzer 50 % Rabatt. In Thun und anderswo wird darüber diskutiert, diesen Rabatt auch auf Saison-Abis zu gewähren. Er findet diese Forderung auch für Spiez angebracht. Er ist überzeugt, dass trotz den Rabatten letztlich kein grösseres „Loch“ in der Badi-Kasse klafft. Dank zusätzlichen Eintritten, auch aus anderen KulturLegi-Gemeinden, dürfte sogar eine win-win-Situation mit finanziellen Mehrerträgen möglich sein.

**Fragen**

Er bittet den Gemeinderat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie begründet der Gemeinderat seinen Beschluss betreffend minimalem Rabatt (30 % Rabatt, nur auf Einzeleintritte).
2. Ist der Gemeinderat bereit, seinen Beschluss auf den nächstmöglichen Termin neu zu diskutieren und den Legi-Besitzern nebst Einzeleintritten auch die Saison-Abis vergünstigt anzubieten?

**Stellungnahme des Gemeinderates**

**Franz Arnold:** Diese Angelegenheit wurde in der Sportkommission behandelt. Vorgängig fand ein Gespräch mit der Koordinatorin der Caritas statt. Diese hat ausgeführt, dass in der Regel ein Rabatt von 30 % gewährt wird. Bei einem Eintrittspreis von Fr. 6.00 in das Freibad beträgt dieser mit Rabatt Fr. 4.20. Die Sportkommission hat klar einen Rabatt auf Einzeleintritte beantragt und nicht auf Saisonabonnemente. Diese werden bereits zu einem reduzierten Tarif im Vergleich zu den Einzeleintritten gewährt. Die Saisonabonnemente sind auch nicht sehr teuer. In der KulturLegi gibt es rund 20 Anbieter in Spiez. Wir wollen nun schauen, wie von diesem Angebot Gebrauch gemacht wird. Selbstverständlich wird überprüft, wie die Nachfrage nach den einzelnen Angeboten ausfällt. Die Preise werden auf den nächstmöglichen Termin (nächste Saison) überprüft. Man möchte jedoch zuerst die entsprechenden Erfahrungen sammeln.

**Andreas Bürki** zeigt sich von der Antwort des Gemeinderates befriedigt. Offenbar hat der von der Caritas andere Grundlagen erhalten.

## 124 1.304 Einfache Anfragen Informationskonzept / EA R. Barben (FS)

**René Barben:** In der Vergangenheit hat die Kommunikation in der Gemeinde über Projekte, Ereignisse oder Entscheide immer wieder zu Missverständnissen, Verunsicherung oder gar Unmut unter den Beteiligten geführt. Es wird festgestellt, dass das Informationskonzept der Gemeinde Spiez, vom 6. November 2000, in seinen Ausführungen zu wenig aussagekräftig ist. Es fehlen zum Konzept verbindliche Ausführungsbestimmungen z.B. auf der Ebene der Ressorts welche Auskunft geben über:

- Welche Anlässe/Ereignisse oder Entscheide sind zu kommunizieren?
- Über welche Gefässe soll kommuniziert werden?
- Wie ist der Prozess/Ablauf (was, wie, wo, wann)?
- Welche Stellen sind auf der Stufe der Ressorts für die Kommunikation verantwortlich?

Er möchte wissen, ob es diesbezüglich in der Gemeinde bereits entsprechende Ausführungsbestimmungen gibt, welche diese Fragen beantworten resp. diese Lücken schliessen könnten.

**Stellungnahme des Gemeinderates**

**Franz Arnold:** Der Gemeinderat ist sich durchaus bewusst, dass das Thema Information immer wieder zu Diskussionen Anlass gibt. Im August/September 2010 ist eine Klausur zum Thema Information geplant. Das Informationskonzept wird dabei sicherlich behandelt werden. Das Thema ist also aufgegleist.

**René Barben** zeigt sich von der Antwort des Gemeinderates befriedigt.

## 125 1.302 Motionen, Postulate, Interpellationen Finanzierung Seebuslinie / Motion FDP Fraktion (U. Gurtner)

Der Gemeinderat wird beauftragt den Defizitbetrag für die Seebuslinie im Voranschlag 2011 auf Fr. 30'000 (Stand 2008) zu kürzen. Sollte bei den anstehenden Verhandlungen mit BLS und Postauto AG keine Einigung erzielt werden, ist der Betrieb vorläufig einzustellen. Ziele, Indikatoren und Standards beim Produkt Verkehr sind entsprechend anzupassen. Die SPIEZmarketing AG soll vom Gemeinderat beauftragt werden Varianten zu prüfen und aufzuzeigen, wie und mit welchen finanziellen Mitteln eine bessere Wirkung für Spiez und den Tourismus erzielt werden kann.

### Begründung

Das Kosten-Nutzen-Verhältnis der touristischen Seebuslinie ist für die Gemeinde Spiez sehr fraglich und muss überdacht werden. Die Zahlen sprechen für sich:

An 93 Tagen (von Mitte Juni bis Mitte September) werden ca. 4500 Passagiere befördert. Das Defizit beträgt Fr. 80'000.00. Jeder Passagier wird demnach mit Fr. 17.80 subventioniert. Davon sind Fr. 11.10 von den Steuerzahlern der Gemeinde Spiez, welche heute Fr. 50'000 an das Defizit bezahlen.

Die langjährige Vereinbarung mit der BLS, wonach diese 2/3 des Defizits übernimmt, wurde 2008 von der BLS gekündigt. Sowohl die Schiffstation als auch der Bahnhof Spiez sind als Zu- und Umsteigeort beliebt. Die Seebuslinie dürfte somit vor allem im Interesse der BLS sein. Eine Transportmöglichkeit Bucht-Zentrum in den Sommermonaten ist auch im Interesse des Ortsmarketings und darf etwas kosten. Die Steuergelder sollen aber optimal eingesetzt werden und eine möglichst gute Wirkung erzielen.

Gestützt auf Art. 29 Ziffer 2 der Geschäftsordnung beantragt der Motionär dem GGR sofortige Behandlung der Motion.

Der Motionär: U. Gurtner und 8 Mitunterzeichnende.

### Ergänzungen des Motionärs

**Urs Gurtner:** Es kann sein, dass sich die BLS nicht mehr an den Kosten beteiligt und wir im nächsten Jahr keine Seebuslinie mehr haben. Es handelt sich um eine wichtige Verbindung für Spiez, welche auch etwas kosten darf. Aber es kann nicht sein, dass jeder Passagier mit Fr. 17.80 subventioniert wird. Hier stimmt etwas nicht mehr. Er sieht den Bus täglich an seiner Praxis vorbei fahren. Er fährt acht Mal in jede Richtung (16 Fahrten pro Tag). Im Durchschnitt ergibt dies drei Passagiere pro Fahrt. Damit dem Gemeinderat der Rücken gestärkt wird und man sofort aktiv werden kann, da der Budgetierungsprozess am 30. Juni 2010 abgeschlossen ist, wird sofortige Behandlung der Motion beantragt.

---

**Pause von 22.00 - 22.05 Uhr**

---

### Stellungnahme des Gemeinderates

**Christoph Hürlimann:** Der Gemeinderat hat nichts gegen diese Motion einzuwenden. Es besteht ein grosses Problem betreffend Finanzierung der Seebuslinie. Im August 2010 stehen Gespräche mit der Postauto AG und der BLS an. Dabei wird einerseits über die finanzielle Beteiligung gesprochen, aber auch über die Zukunft der Linie Richtung Interlaken. Dies ist entscheidend, ob die Seebuslinie ins Ortsbusnetz integriert werden kann. In diesem Zusammenhang würde auch die Finan-

zierung anders aussehen, da das Ortsbusnetz durch den Kanton subventioniert wird. Die Kosten könnten so auch wesentlich gesenkt werden, da kein separater Bus benötigt würde. Auch das Ortsmarketing müsste dieses Thema prüfen. Aus diesen Gründen muss die Motion nicht sofort behandelt werden. Ein weiterer Grund ist auch, dass das Budget reduziert wird. Wenn eine Lösung im Verlaufe des Herbstes gefunden wird, kann die Korrektur immer noch im Budget 2011 vorgenommen werden. Deshalb sollen die diversen offenen Punkte noch vorgängig abgeklärt werden.

### Diskussion über die sofortige Behandlung

**Ursula Zybach (SP):** Die SP-Fraktion kann eine sofortige Behandlung der Motion nicht unterstützen. Man möchte dies erst diskutieren, wenn die notwendigen Informationen und Unterlagen vorliegen. Es handelt sich um eine komplexe Geschichte. Der Gemeinderat hat genügend Handlungsspielraum, um entsprechend gegen die BLS auftreten zu können.

**Dani Brügger (GS):** Es ist wichtig, die Rentabilität des öffentlichen Verkehrs anzuschauen. Es ist aber auch wichtig, dass man eine Buslinie nicht einfach einstellen sollte, sondern eine Lösung sucht, wie dies im nächsten Jahr weitergehen könnte. Er sieht deshalb keine Dringlichkeit, diese Motion zu behandeln.

**Markus Wenger (EVP):** Die EVP-Fraktion hat den Eindruck, dass man das Anliegen aufnehmen sollte. Hingegen sieht man keine Dringlichkeit. Wenn man mit den Betroffenen in die Verhandlungen einsteigt, bedeutet dies, dass das Resultat vor dem Budgetentscheid einfließen kann; liegt dieses später vor, werden Minderausgaben zu verzeichnen sein.

### Abstimmung

Die **sofortige Behandlung** der Motion wird mit 9 : 24 Stimmen **abgelehnt**.

## 126 1.302 Motionen, Postulate, Interpellationen Nachhaltiger Wärmeverbund Spiez / Motion GS-Fraktion (N. Keiser)

**Einleitung:** Spiez ist an der Planung eines Wärmeverbundes. Dieses Ziel unterstützen wir mit allen Mitteln und fordern folgerichtig einen in allen Belangen optimierten Wärmeverbund. Dies im Namen der Energiestadt Spiez, der Bevölkerung und als wesentlicher Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Reduktion. Ein grösstmöglicher Wärmeverbund macht uns zudem unabhängiger von ausländischen Energieressourcen und leistet ebenfalls einen Beitrag an die regionale Wertschöpfung.

Wie wir aus unterschiedlichen Quellen erfahren haben, erreicht das von der BKW vorliegende Projekt in keiner Art und Weise die Anforderungen und Vorgaben an den angestrebten Wärmeverbund, wie sie

- in der **Machbarkeitsstudie** des Büros EKO ausgearbeitet und am 25.6.07 der Bevölkerung vorgestellt wurden,
- in den **Submissionsunterlagen** vorgesehen wurden (vom Gemeinderat freigegeben) und
- von einem **weiterem Anbieter** offeriert wurden.

Für einen nachhaltigen Wärmeverbund ist zentral, dass eine möglichst grosse Fläche mit hoher Dichte an das Verbundnetz angeschlossen wird und der Grad an erneuerbarer Energie (Holz) maximiert wird. Weiter ist zu bedenken, dass bei der Spiezer Bevölkerung der Wärmeverbund schon lange ein Gesprächsthema ist und viele auf eine Anschlussmöglichkeit warten. Es muss uns ein Anliegen sein, dass bei diesem Jahrhundertprojekt, welches durch die Baustellen auch viele Behinderungen mit sich bringen wird, eine möglichst hohe Anzahl unserer Bürger die Möglichkeit zu einem Anschluss haben.

**Ziel:** Unser Ziel ist, dass sich der Wärmeverbund an den wesentlichen Vorgaben der Ausschreibung orientiert:

- Anteil an **Holzenergie** minimal 85% - 90%
- **Perimeter:** gesamt Spiez und Spiezwiler, minimale Wärmeenergie ca. 25 - 30 GWh/J Erschliessungsdichte pro Trassemeter ca. 2.0 - 2.5 MWh/J
- Die Versorgung ist im **Contracting** sicherzustellen (Vorgabe BEakom)
- Hoher **Anlagegesamtwirkungsgrad**

**Forderung (Motionstext):** Um dieses Ziel zu erreichen, soll der von der BKW vorliegende Projektstand von einer ausgewiesenen, neutralen Fachperson beurteilt werden und allfällige Nachbesserungen vorgenommen werden. Die Resultate der Projektprüfung sind dem GGR von der Fachperson vorzustellen. Weiter ist das Geschäft, wie sonst üblich, von der zuständigen Fachkommission zu begleiten.

**Begründung:** Mit diesen Massnahmen wird sichergestellt, dass die Gemeindeinteressen gegenüber der privaten Anbietergesellschaft bestmöglich gewahrt werden.

Die Motionärin: Nadja Keiser und 6 Mitunterzeichnende.

### **Ergänzungen der Motionärin**

**Nadja Keiser:** Die Idee eines Wärmeverbundes Spiez wird voll und ganz unterstützt. In der letzten Zeit und auch gestützt auf die unterschiedlichen Antworten auf die Einfache Anfrage von Walter Holderegger, muss man jedoch feststellen, dass es immer mehr Diskrepanzen zwischen dem, was bisher vorgestellt wurde und den Informationen des Gemeinderates zum Projekt der BKW gibt. Unterschiedliche Zahlen gibt es zu den Prozentzahlen betreffend Anteil der erneuerbaren und der nicht erneuerbaren Energien. Die Forderung des BEAKOM ist die grösstmögliche Substitution fossiler Energieträger. Bei führenden schweizerischen Unternehmen im Bereich Wärmeverbund sind Anlagen mit 90 % erneuerbaren Energien und ca. 10 % fossilen Brennstoffen Standard. Dies hat ihr die zuständige Person beim Bundesamt für Energie bestätigt. Unterschiedliche Informationen gibt es auch zu den Perimetern und den Wärmeenergiemengen. Je grösser der Perimeter und die Wärmeenergiemengen sind, desto mehr ist der Ersatz von fossilen Energien möglich. Unterschiedliche Informationen gibt es auch zur Betriebsform. Gemäss BEAKOM wird ein Wärmeverbund von einem Contractor betrieben. Je länger die Transportwege sind, desto schlechter ist der Wirkungsgrad. Mindestens bei diesen vier Punkten ist das Projekt der BKW ungenügend. Das Ziel ist, die Unterstützung zu einem nachhaltigen Wärmeverbund. Der Wärmeverbund muss sich deshalb in den wesentlichen Punkten an die Machbarkeitsstudie der Submissionsunterlagen halten. Die Angaben der BKW erfüllen diese Vorgaben nicht. Damit das Projekt im Sinne der Nachhaltigkeit weiter geplant werden kann, wird gefordert, dass der momentane Projektstand durch eine ausgewiesene, neutrale Fachperson beurteilt wird. Zur Vermeidung weiterer widersprüchlicher Informationen soll die Projektierung durch diese Fachperson dem GGR vorgestellt werden. Im Weiteren soll das Geschäft durch die zuständige Fachkommission (Umwelt- und Planungskommission) begleitet werden. Die Beurteilung und Optimierung soll möglichst rasch erfolgen. Deshalb der Antrag auf sofortige Behandlung. Ein nicht optimierter Wärmeverbund kann sich Spiez nicht leisten.

### **Stellungnahme des Gemeinderates**

**Stefan Kocherhans:** Es führen 1'000 Wege nach Rom. Es muss heftigst widersprochen werden, dass der projektierte Wärmeverbund nicht nachhaltig sein soll. Er hat versucht, die wichtigsten Informationen weiter zu geben. Wenn man das Gefühl hat, dass dieses Projekt durch eine ausgewiesene, neutrale Fachperson beurteilt werden soll, muss er ein Fragezeichen setzen. Ein unabhängiger Experte des Energiestadtlabels sowie die Planer des Energierichtplanes haben zum Projekt Stellung bezogen. Er hat die Stellungnahme bei der Beantwortung der Einfachen Anfrage Walter Holderegger vorgelesen. In diesem Bereich gibt es viele Experten. Die Machbarkeitsstudie hat

nicht in allen Teilen dem entsprochen, was die Detailplanung ergeben hat. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass keine sofortige Behandlung nötig ist.

**Dem Ordnungsantrag** der SP-Fraktion für einen kurzen Sitzungsunterbruch wird mit **grossem Mehr** zugestimmt.

---

#### Pause von 22.20 - 22.30 Uhr

---

**Ursula Zybach (SP):** Die SP-Fraktion ist der Ansicht, dass die Motion dringlich ist. Man spürt verschiedene Unklarheiten. Je schneller diese vom Tisch sind, desto klarer wird die ganze Geschichte. Deshalb ist eine sofortige Behandlung sinnvoll. Die Forderung der Motion ist klar und kann heute noch behandelt werden.

**Godi Bärtschi (EVP):** Die Geschichte des Nahwärmeverbundes dauert bereits lange, zu lange. Man sollte endlich zu einem Ergebnis kommen und es sollte ein verbindlicher Terminplan bekannt gegeben werden, damit die Spiezer Bevölkerung verbindlich planen kann. Er kennt verschiedene Grundeigentümer, welche bereits eine andere Lösung gewählt haben. Deshalb ist es wichtig, dass das Thema Information koordiniert läuft. Es ist wichtig, dass auch der GGR hinter diesem Projekt steht und nicht noch weitere Fragen aufwirft. Deshalb müssen die Fachleute informieren, wie dies vorgesehen ist. Es sind öffentliche Informationen vorgesehen. Man sollte diese abwarten und diese Motion nicht dringlich behandeln.

**Urs Maibach (SVP):** Auch die SVP-Fraktion ist klar der Ansicht, dass diese Motion nicht als dringlich erklärt werden soll. Es fehlen Unterlagen und es wurden verschiedene Zahlen und Tatsachen erwähnt. Die Motion muss seriös angeschaut werden. Deshalb wird die Dringlichkeit abgelehnt.

**Ernst Hautle (FDP):** Bei der Bestimmung einer Fachperson möchte er auch wissen, was diese kostet. Diese kosten sofort zwischen Fr. 30' - 50'000.00. Um diese Zeit darüber zu entscheiden, wird als nicht sehr seriös betrachtet. Deshalb wird auch die FDP-Fraktion die Dringlichkeit ablehnen.

**Urs Gurtner (FDP):** Als FDP-Präsident möchte er seinem FDP-Gemeinderat den Rücken stärken. Er möchte auch die SP-Fraktion daran erinnern, dass sie zwei Gemeinderäte haben. Es handelt sich um einen Misstrauensantrag gegen unsere Exekutive. Der einzige Experte hier im Rat ist Godi Bärtschi. Wir Alle hier haben das Gefühl, wir wissen es besser als die Experten. Godi Bärtschi hat richtig ausgeführt, dass die Bevölkerung nun wissen will, was wann geht. Damit diese planen können, wann und ob sie ihre Heizung ersetzen müssen oder auf den Wärmeverbund warten sollen. Er bittet deshalb, die Dringlichkeit nicht anzunehmen.

#### Abstimmung

Die **sofortige Behandlung** der Motion wird mit 9 : 21 Stimmen **abgelehnt**.

**127 1.302 Motionen, Postulate, Interpellationen**  
**Überprüfung Gebührenverordnung GZL / Motion SVP Fraktion (U. Maibach)**

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Gebührenverordnung für die Benützung des GZL zu überprüfen und für einheimische Vereine nach unten auf ein, für die Vereine erträglichen Mass, anzupassen.

**Begründung**

Die Veranstaltungen der Spiezer Vereine sind ein nicht wegzudenkender Bestandteil des kulturellen Lebens hier in Spiez. Die meisten um nicht zu sagen alle Vereine sind finanziell nicht gerade auf Rosen gebettet. In der Regel ist die Finanzierung ausschliesslich über die Jahresbeiträge schwierig, wenn diese in einem erträglichen Rahmen bleiben sollen. Damit den Vereinen ein Anreiz gegeben wird, weiter kulturelle Veranstaltungen zu organisieren und durchzuführen, müssen die Gebühren nach unten korrigiert werden, damit dem durchführenden Verein auch noch ein finanzieller Zustupf für die Kasse übrigbleibt.

Der Motionär: U. Maibach und 8 Mitunterzeichnende.

Schluss der Sitzung: 22.35 Uhr

**NAMENS DES GROSSEN GEMEINDERATES**

Der Präsident

Der Protokollführer

P. Müller

A. Zürcher